Günter Buchstab

Widerspruch und widerständiges Verhalten der CDU der SBZ/DDR

Vorbemerkung
Selbstverständnis der DDR-CDU
Zum Widerstandsbegriff
Der Prozeß der Gleichschaltung. Opposition, Verfolgung und Widerstand bis Anfang der fünfziger Jahre
Parteiführung und Basis bis zum Mauerbau
Zwischen Resignation, kritischem Beharren und Opposition
Felder von Widerspruch und abweichendem Verhalten
Zusammenfassung
Abkürzungen

Vorbemerkung

Politische Gegnerschaft war für die SED per se systemwidrig. Art. 6 Abs. 2 der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 gab der Strafjustiz die Möglichkeit, das System strafrechtlich abzusichern: „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militärische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.“ Aufgrund dieses „Boykotthetze“Artikels konnte jedes nonkonforme politische Verhalten strafrechtlich verfolgt werden, ob es nun politische Unmutsäußerungen, spontanes Aufbegehren, bewußte Opposition oder regimefeindliche Aktivitäten („staatsfeindliche Hetze“, „staatsfeindliche Verbindungen“, „Sammlung von Nachrichten“, „Vorbereitung organisierter Hetze“, d. h. Flugblattvorbereitung usw.) bis hin zu Spionage und Hochverrat waren.

Von Anfang an war politische Gegnerschaft gegen das Regime spürbar. Deshalb sahen sich die Machthaber bereits im Februar 1950 genötigt, zusätzlich zu diesem spezifischen strafrechtlichen Instrument zur inneren Festigung des Systems einen konspirativen Polizei und Spitzelapparat aufzubauen, das Ministerium für Staatssicherheit. Er sollte oppositionelle und regimefeindliche Regungen frühzeitig entdecken und bekämpfen. Zusammen mit der Formulierung der politischen Straftatbestände in den §§ 96–111 („Verbrechen gegen die

Deutsche Demokratische Republik“) und den §§ 210–224 („Straftaten gegen die staatliche Ordnung“) des DDR-Strafgesetzbuches, die in den siebziger Jahren erweitert und verschärft wurden, war damit dem Regime die Handhabe gegeben, die Bevölkerung lückenlos zu überwachen und gegen politisch Andersdenkende mit allen Mitteln vorzugehen.

Opposition gegen den Kommunismus und den kommunistischen Staat wurde nicht nur aus dem System verbannt, sondern auch als Absurdität hingestellt. So hieß es z. B. im „Neuen Deutschland“ vom 29. September 1962: „Die Gesellschaftsordnung des Sozialismus und Kommunismus verkörpert den moralischen Fortschritt, sie ist der Inbegriff des Humanismus und der sittlichen Werte der Menschheit, und ihr moralisches Ansehen wächst ständig. Es ist unmöglich, jemanden wirklich sittlich gegen den Kommunismus zu binden und zu verpflichten“. Wo Opposition und Widerstand sich aber nicht hinwegdiskutieren ließen, wurden ihre Träger als „Konterrevolutionäre“, als „Faschisten“[1] oder als „Saboteure“ diffamiert, deren Handeln auf äußere Einflüsse zurückgeführt und als von „imperialistischen Provokateuren“ gesteuert bezeichnet wurde. In späteren Jahren wurden politisch Andersdenkende auch als „geisteskrank“ oder „psychisch gestört“ abgestempelt, so etwa Pfarrer Oskar Brüsewitz, der 1976 als Protest gegen das Regime den Freitod gewählt hatte, in einem Kommentar des „Neuen Deutschland“ vom 31. August 1976, und damit als Anormale aus der sozialistischen Gesellschaft ausgegliedert.

Die Existenz verschiedener Parteien in der DDR mag oberflächlich den Eindruck erweckt haben, dieser Staat sei nicht auf der Diktatur der Einheitspartei SED gegründet gewesen, sondern auf demokratischen Ausgleich von Gruppeninteressen, die sich in einer Vielzahl von Parteien und Verbänden verkörpern. Nichts ist falscher. Von Anfang an versuchten die Kommunisten, mit massiver Unterstützung der SMAD, ihren totalitären Herrschaftsanspruch durchzusetzen. Der Aufstieg der SED vollzog sich ohne Beteiligung jener Parteien, die sich im Sommer 1945 gegründet in den Gemeinde und Landtagswahlen des Jahres 1946 im Bewußtsein der Wähler als Oppositionsparteien etabliert hatten (CDUD und LDP). Bereits 1945 wurde die neugegründete Christlich-Demokratische Union Deutschlands, die sich als eigenständig, gesamtdeutsch orientiert und christlich-sozial verstand, in ihrer Entwicklung gehemmt und massiv behindert. Ihre Gründung war als conditio sine qua non mit der Auflage verbunden worden, in die „Einheitsfront“ der antifaschistisch-demokratischen Parteien einzutreten. In diesem „Block“ war das Prinzip der Einstimmigkeit vorgeschrieben, das eine wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung des Führungsanspruchs der KPD und ab April 1946 der SED (nach der Vereinigung von SPD und KPD) war.

1 Günter Fippel: Der Mißbrauch des Faschismus-Begriffs in der SBZ/DDR. In: Deutschland Archiv 10/1992, S. 1055.

Selbstverständnis der DDR-CDU

Im Zeitraffer der offiziellen Selbstdarstellung liest sich die Geschichte der Ost-CDU allerdings anders, nicht als eine Geschichte von Behinderung, Zwang und Gleichschaltung, sondern als Weg freiwilliger Anpassung und Übernahme sozialistischer Positionen. So heißt es in der „Zeittafel zur Geschichte der CDU 1945–1987“, die 1987 vom Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands herausgegeben wurde, daß die ersten Parteivorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber aufgrund ihrer „destruktiven Haltung“ zur Bodenreform am 19. Dezember 1945 abgelöst wurden (S. 6). Auch ihren Nachfolgern, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, wird eine Politik des „Widerstands reaktionärer Kräfte“ attestiert, die die „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu sprengen“ versucht hätten. Ihre Ablehnung der Volkskongreßbewegung Ende 1947 habe die Trennung geradezu provoziert: „Jakob Kaiser und Ernst Lemmer werden nicht mehr als Parteivorsitzende anerkannt.“ (S. 9) Mit der Ablösung der beiden war der Weg frei für den SED-hörigen Kurs der CDU-Parteiführung unter Otto Nuschke und Generalsekretär Gerald Götting, wobei Nuschke sich jedoch zunächst dem Gleichschaltungsdruck zu widersetzen suchte. Ende 1949 wird der „letzte umfassende Klärungsprozeß innerhalb der CDU gegen die von Hugo Hickmann, dem Landesvorsitzenden von Sachsen, geführte innerparteiliche Reaktion“ eingeleitet (S. 12). In den „Meißner Thesen“ vom Oktober 1951 bekennt sich die CDU-Parteiführung endlich vollends „zur sozialistischen Gesellschaftsordnung.“ (S. 16) Der 6. Parteitag der CDU vom 16.–18. Oktober 1952 stellt schließlich fest, daß die CDU „vorbehaltlos die führende Rolle“ der Arbeiterklasse und ihrer Partei beim Aufbau des Sozialismus anerkenne (S. 17). Mit diesem eindeutigen Bekenntnis sei „die Periode der politisch-ideologischen Klärung und Konsolidierung innerhalb der CDU im wesentlichen“ abgeschlossen und „die Möglichkeit intensiver und konstruktiver Teilnahme an der Gestaltung des Sozialismus in der DDR“ eröffnet worden (S. 17). In allen nun folgenden offiziellen Erklärungen des Hauptvorstandes und der Parteitage werden immer wieder die „drei Grundelemente des gesellschaftlichen“ Wollens und Wirkens der CDU bekräftigt: „Treue zum Sozialismus, kameradschaftliches Zusammenwirken mit der Partei der Arbeiterklasse, feste Freundschaft mit der Sowjetunion.“ (S. 55) Derartige Formulierungen und Festlegungen haben das Bild der Ost-CDU im allgemeinen Bewußtsein nachhaltig geprägt.

Hat die CDU dem Gleichschaltungsdruck von KPD/SED überhaupt Widerstand entgegengesetzt? Haben ihre Führungsgremien und ihre Mitglieder sich den geforderten Normen und Verhaltensweisen des SED-Staates von Anfang an und stets gebeugt und ihre 1945 proklamierte Selbständigkeit und ihren

eigenen programmatischen Anspruch widerstandslos preisgegeben? Waren sie nur willige Instrumente kommunistischer Politik?

Diese Fragen sind auch von kritischen Beobachtern der Geschichte der Ost-CDU für die Zeit bis Anfang der fünfziger Jahre ebenso mit einem Nein beantwortet worden, wie für die folgende Zeit bis 1989 darüber unterschiedliche Meinungen bestehen. Gegenüber Gesprächsangeboten der Ost-CDU verhielt sich die West-CDU stets entschieden ablehnend. Die westdeutsche CDU-Spitze hat noch Monate nach der Wende im Herbst 1989 gezögert, zur Führung der erneuerten Ost-CDU Kontakt aufzunehmen, weil in ihr die „durch ihre willfährige Unterordnung unter den Vormachtanspruch der SED und ihre Mitverantwortung für vierzig Jahre DDR belastete Blockpartei“[2] gesehen wurde. Die sozialistischen Bekundungen Lothar de Maizières, des neuen Vorsitzenden, nährten nach der Wende zunächst die Skepsis gegenüber der früheren Blockpartei. Christian von Ditfurth schlug die CDU der DDR und ihre Mitglieder über einen Leisten: „Die CDU der DDR war keine Partei von Mitläufern. Vielmehr hat sie sich unentwegt zur Mitverantwortung für den realen Sozialismus bekannt und verlangt, noch umfassender einbezogen zu werden in seine Ausgestaltung. Die führende Rolle der SED war den meisten ’Unionsfreunden’, wie die CDU-Mitglieder sich nannten, ein inneres Bedürfnis. Denn ihre Christlich-Demokratische Union war eine ’Partei des Sozialismus’“[3]. Auch in wissenschaftlichen Darstellungen wie etwa von Hermann Weber[4] erscheint die CDU nur in dieser Funktion.

Andererseits stellt der Schriftsteller Uwe Grüning, der sich erst Ende 1989 der sich neu orientierenden CDU anschloß, „trotz allen Vorbehalts, trotz aller Abneigung gegen die ehemaligen Blockparteien“ fest, daß er „in keinem Verlag der DDR einem so freien politischen Ton begegnet (sei) wie im CDU-eigenen UNION-Verlag der späten achtziger Jahre“.[5] Und die jetzige Bundestagsabgeordnete Else Ackermann trat der CDU bei, weil sie als Mitglied der CDU sich „offiziell als politisch handelnder Christ ausgeben und die Distanz zum atheistischen Marxismus-Leninismus und damit zur SED auch begründen“ konnte und dies auch tat[6]. Auch Peter Joachim Lapp, der selbst vier Jahre als politischer Häftling in der DDR eingekerkert war, konstatierte in seinem 1987 geschriebenen Buch „Die ’befreundeten Parteien’ der SED“, daß bei vielen örtlichen Blockparteifunktionären und bei vielen einfachen Mitgliedern ein gewisses Maß an latenter Opposition auch in den achtziger Jahren vorhanden sei; auch in den kleinen DDR-Blockparteien gebe

2 Carsten Tessmer: Innerdeutsche Parteienbeziehungen vor und nach dem Umbruch in der DDR. Erlangen 1991, S. 186.
3 Christian von Ditfurth: Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt. Köln 1991, S. 11.
4 Die DDR 1945–1986. München 1988.
5 Weltfremdheit und Wirklichkeitsnähe. In: Zeitschrift zur politischen Bildung 2/91, S. 32–41.
6 Die Revolution – ein Flächenbrand? In: Zeitschrift zur politischen Bildung 2/91, S. 101–115.

es „ein verdecktes oppositionelles Potential“[7]. Siegfried Suckut, der sich durch zahlreiche Arbeiten zur Geschichte der Ost-CDU einen Namen gemacht hat, konstatierte aufgrund neuer Aktenerkenntnisse nach der ’Wende’, daß die Blockparteien „mehr politischen Eigensinn entwickelten und sich in ihrem Verhalten stärker unterschieden, als bisher angenommen“.[8]

Zum Widerstandsbegriff

Differenzierte Betrachtung scheint also geboten, wobei die Möglichkeiten des freiheitlichen Rechtsstaates, die das Grundgesetz garantiert, nicht Maßstab und Richtschnur bei der Beantwortung der Frage sein können, ob und in welcher Form sich widerständiges Verhalten in der DDR und in der Ost-CDU artikuliert hat. Eine Untersuchung von „Widerspruch und abweichendem Verhalten in der CDU“, des „Widerstands“, setzt zunächst voraus, sich Klarheit über den Begriff selbst zu verschaffen.

Für die Jahre zwischen 1933 und 1945, die Jahre der ersten Diktatur auf deutschem Boden, gibt es eine breite Widerstandsforschung, die sich intensiv mit der Definition von Widerstand und seinem Spektrum auseinandergesetzt hat.[9] Aus der Fülle von Untersuchungen und begrifflichen Klärungsversuchen lassen sich Anhaltspunkte auch für den Widerstandsbegriff in der Zeit der zweiten Diktatur in Deutschland ableiten. Auszugehen ist in beiden Fällen von den konkreten Rahmenbedingungen, die für das Verhalten von einzelnen wie von Gruppen galten. Wie im Dritten Reich beanspruchte auch der real existierende Sozialismus das Monopol auf politische Willensbildung und auf Erfassung der gesamten menschlichen Existenz, was ein Ausweichen, eine Existenz im gesellschaftlichen Abseits fast unmöglich machte. Aus diesem allumfassenden Anspruch leitet sich die Frage ab, ob ein bestimmtes Verhalten, wie das Äußern von Unzufriedenheit, Bewahrung eigener Identität, abweichendes Verhalten, Verweigerung aktiver Mitwirkung, offen geäußerter Protest oder aktive Gegnerschaft zum Regime mit dem Ziel, seine Ablösung zu betreiben, ein Risiko für den oder die Betroffenen darstellte oder nicht. Unter diesem Aspekt konnten Verhaltensformen, die in einer rechtsstaatlichen, demokratischen Ordnung gang und gäbe oder sogar ohne jeden Belang wären, durchaus Widerstand oder widerständiges Verhalten darstellen und Konsequenzen bis hin zur physischen Auslöschung provozieren. Die eingangs skizzierten Systembedingungen gaben der SED und ihrem Staatsapparat dazu jede Handhabe.

7 Peter Joachim Lapp: Die ’befreundeten Parteien’ der SED. DDR-Blockparteien heute. Köln 1988, S. 141.

8 Persönlicher oder politischer Eigensinn im demokratischen Block? In: Das Parlament, 8. Mai 1992.

9 Vgl. Winfried Becker: Begriffe und Erscheinungsformen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. In: Jahrbuch für Volkskunde 1989, S. 19–42.

Ein dezidiertes Widerstandsverhalten und eine „Widerstandsideologie“ konnten sich unter den DDR-Bürgern oder innerhalb der Ost-CDU nicht festigen. Die konkreten Erscheinungsformen von Opposition und Widerstand im Machtbereich der SED waren abhängig von den historischen Entwicklungen und Perioden der DDR, der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ von 1945/1949[10], der stalinistischen Epoche, dem 17. Juni 1953 und seinen Folgen, der Konsolidierung und Krise bis zum Mauerbau vom 13. August 1961, der jegliche Fluchtmöglichkeit verbaute, der Festigung und der „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ in den siebziger Jahren[11], den Auswirkungen von Solidarnosc und Perestrojka, kurz: vom jeweiligen Zeitkontext. Die CDU sah sich dabei insofern in einer besonderen Rolle, als sie allein schon durch ihren Namen, ganz abgesehen von ihrer von der SED zugewiesenen Aufgabe, christlich orientierte Bürger an den sozialistischen und atheistischen Staat zu binden, dazu verurteilt war, sich mit dem „C“ auseinanderzusetzen und gegenüber dem atheistischen Marxismus-Leninismus eine christlich-weltanschauliche Eigenständigkeit zu wahren, wie auch immer sie, in ihrer politischen Programmatik gleichgeschaltet, auf SED-Linie liegen mochte.

Der Prozeß der Gleichschaltung. Opposition, Verfolgung und Widerstand bis Anfang der fünfziger Jahre

Schon wenige Wochen nach Gründung der neuen Partei im Juni 1945 geriet ihre Führung in Konflikt mit den Kommunisten und der SMAD. Hermes, der erste frei gewählte Vorsitzende der CDU, zugleich stellvertretender Bürgermeister und Chef des Ernährungsamts in Berlin, wurde schon im Juli 1945 vom KPD-Oberbürgermeister Werner mit rüden Methoden angegriffen und diffamiert, um ihn aus seinen Positionen zu vertreiben.[12] Die Auseinandersetzung um Hermes und die Berliner Parteileitung spitzte sich im Verlauf des letzten Quartals 1945 schließlich in der Frage der Bodenreform zu, weil die CDU-Führung aus rechtsstaatlichen Gründen und unter Hinweis auf das von Marschall Schukow genehmigte Gründungsprogramm die entschädigungslose Enteignung des Grundbesitzes über 100 Hektar ablehnte. In verschiedenen Sitzungen des „Blocks“, in Artikeln wie in Reden kritisierte Hermes die radikale Enteignung und sprach sich gegen den Zwang in der „Einheitsfront“ aus: „Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der CDU können durch die Arbeit im Rahmen der Einheitsfront nicht beeinträchtigt werden. Sie sind

10 Stefan Doernberg: Kurze Geschichte der DDR. Berlin (Ost). 4. Aufl. 1969.
11 Rolf Badstübner u. a.: Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost). 2. Aufl. 1984.
12 Protokoll einer außerordentlichen Sitzung des Berliner Magistrats vom 27. Juli 1945 (Nachlaß Hermes ACDP I-090–021a).

Prüfstein und Begrenzung der Einheitsfront."[13] Die Parteiführung konnte die Landesverbände über ihre Haltung in dieser Frage nicht hinreichend informieren, da ihr die nötige Papierzuteilung für das Parteiorgan „Neue Zeit" verweigert wurde. Die Mitglieder waren aufgrund dieser Informationsbehinderung nur unzureichend unterrichtet. Die angeblichen Entschließungen aus den CDU-Landesverbänden gegen die Berliner Parteiführung mußten deshalb als SMAD-gesteuert angesehen werden. Schon das merkwürdige Deutsch (die Vorstandsmitglieder des Landes Mecklenburg „bestreben die Meinung", daß die Haltung der Berliner Führung ein „Inzweifelstellen und eine Revision der Potsdamer Beschlüsse" bedeute) läßt diesen Schluß zu. Hermes und Schreiber wurde am 19. Dezember 1945 von Oberst Tjulpanow der „freiwillige" Rücktritt nahegelegt, verbunden mit der Androhung, andernfalls das Ausscheiden aus der Leitung der Partei anzuordnen.[14] Zu Nachfolgern schlug er die bisherigen 2. und 3. Vorsitzenden, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, vor.

Der Konflikt um Hermes und Schreiber, der nur vordergründig ein Konflikt um die Bodenreform war, wie auch die vorangegangenen Auseinandersetzungen im Berliner Magistrat und die Auseinandersetzungen in der Schulfrage, die schließlich Ende Mai/Anfang Juni 1947 nach kommunistischen Vorstellungen geregelt wurden, zeigen die ganze Fragwürdigkeit der demokratischen Bekundungen von KPD und SMAD. Es war das erstemal, daß ihrem gemeinsamen Vorgehen zur Sowjetisierung von Wirtschaft und Gesellschaft der SBZ Widerstand, und zwar von der CDU, entgegengesetzt wurde. Von den Mitarbeitern und Anhängern der Union wurde in der Abwehr dieser kommunistischen Ziele von nun an viel Kraft, Einsatz und Selbstbehauptungswille verlangt. Der Ausgang der Hermes/Schreiber-Krise legte vor aller Augen offen, wie begrenzt der Handlungsspielraum der CDU in der SBZ von Anfang an war; in den kommenden Jahren wurde er weiter eingeschränkt.

Der Aufbau einer unabhängigen Parteiorganisation, vornehmlich auf den unteren Ebenen, wurde behindert. In die Vorstände der Ortsgruppen wurden von den Sowjets im Verein mit der SED Spitzel eingeschleust. Noch im September 1946 waren die Hälfte bis zwei Drittel der Ortsgruppen von den örtlichen Militärkommandanten nicht registriert. Deshalb konnten sie auch nicht an den Gemeinderatswahlen aktiv teilnehmen, weil damit die Aufstellung von Kandidaten unmöglich gemacht war.[15] Dennoch errang die CDU bei den

13 Zit. nach Johann Baptist Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Köln 1981, S. 46.

14 Schreiben von Hermes und Schreiber an die Mitglieder des Gründungsausschusses der CDUD vom 20. Dezember 1945 (Nachlaß Hermes ACDP I-090–015).

15 Vgl. dazu Winfried Becker: CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei. Mainz 1987, S. 187 f; Karl Wilhelm Fricke: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report. Köln 1984, S. 51. Vgl. insbes. den Beschwerdebrief des thüringischen CDU-Landesgeschäftsführers Schneider an die SMAD vom 26. August 1946 (ACDP VII-011–844).

relativ freien Kommunal und Landtagswahlen des Jahres 1946 in der SBZ und in Ost-Berlin erstaunliche Erfolge, bei den Landtagswahlen zwischen 19 % und 34 % in den einzelnen Ländern der SBZ[16], was den Parteivorstand der SED zu der „Erkenntnis“ veranlaßte, „daß reaktionäre und faschistische Elemente am Werk sind ... Unter dem Deckmantel bürgerlicher demokratischer Organisationen haben dunkle Elemente mit den niedrigsten Mitteln faschistischer Propaganda und Verleumdung versucht, Verwirrung in die Reihen der Wähler zu tragen.“[17] Die „reaktionären Einflüsse“ müßten zurückgedrängt werden. Dabei war bereits im Vorfeld der Wahlen eine Reihe von CDU-Mitgliedern verhaftet worden. Trotz ihrer unbestreitbaren Wahlerfolge war es der CDU in der Folgezeit aber nicht möglich, maßgeblichen Einfluß auf das politische Geschehen zu nehmen, weil die Fraktionen an die „einstimmig“ gefaßten Beschlüsse in der „Einheitsfront“ gebunden waren. Das Bestreben der Abgeordneten war deshalb darauf gerichtet, die übelsten Methoden und Auswüchse der SED-Politik abzuschwächen und Einschränkungen zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund wurde die CDU-Führung von Kaiser und Lemmer, auf dem 2. Parteitag vom September 1947 in Berlin eindrucksvoll bestätigt, der SED und SMAD zunehmend unbequemer, zumal „die Union in Anbetracht des immer deutlicher formulierten Führungsanspruchs der SED und der stark ausgeprägten Anpassungsbereitschaft der LDP von großen Teilen der SBZ-Bevölkerung als **die** Oppositionspartei gegenüber der SED erschien“.[18] Nach dem Scheitern der Moskauer und Pariser Außenministerkonferenz, das einen einschneidenden Wandel der amerikanischen Haltung gegenüber der Sowjetunion signalisierte, und nach dem Mißerfolg der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz schien der SED vor der Londoner Außenministerkonferenz die Zeit reif, mit der Einberufung eines „Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden“ im Dezember 1947 die Initiative in der Deutschlandpolitik an sich zu reißen. Die Ost-CDU sah darin den Versuch, die sowjetischen Deutschlandvorstellungen durchzusetzen. Ihre Führung lehnte eine Mitwirkung auch deshalb ab, weil sie weder an eine Beteiligung der Parteien aus den Westzonen glaubte, noch sich mit der belanglosen Rolle in einem von der SED dominierten Kongreß begnügen wollte. Einzelnen Mitgliedern sollte eine Teilnahme jedoch freigestellt sein.

16 Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Hg. von Hermann Weber. Köln 1982, S. 553.

17 Zit. nach Fricke (Anm. 15), S. 52

18 Siegfried Suckut: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952). In: Hermann Weber (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SB/DDR 1945–1950. Köln 1982, S. 122.

Dieser Beschluß der Parteiführung, der nicht veröffentlicht werden durfte[19], zeigt, daß die SED mit ihrer Spaltungspolitik bei der stärksten Oppositionspartei Erfolg hatte. Unter den 2.215 Teilnehmern des Volkskongresses waren immerhin 215 inoffizielle CDU-Mitglieder, unter ihnen Otto Nuschke. Für die SMAD bot die Weigerung Kaisers den willkommenen Anlaß zu erklären, er habe ihr Vertrauen nicht mehr. Nuschke plädierte daraufhin für seinen Rücktritt.

Nach mehrtägigem Ringen spalteten sich die Landesverbände vom Zonenvorstand ab und machten ihr Verhalten zu ihm von der Wiedererlangung seiner Handlungsfähigkeit abhängig. Die Sowjets verlangten allerdings eine neue Leitung, die sich aus den sechs Landesvorsitzenden zusammensetzen sollte, ergänzt durch einen Koordinierungsausschuß mit Otto Nuschke und Georg Dertinger. Kaiser und Lemmer mußten ihre Amtsenthebung am 19. Dezember ohnmächtig hinnehmen. Die legale Parteiführung wechselte nach West-Berlin, von wo aus sie den Menschen in der SBZ, die den eigenständigen Kurs der legalen CDU nicht aufgeben wollten, mit Rat und Hilfe beizustehen versuchte. Kaiser erhielt zudem Redeverbot, der Chefredakteur der „Neuen Zeit“, Wilhelm Gries, wurde seines Amtes enthoben.

Die CDU in der SBZ war in der Folge einer inneren Zerreißprobe ausgesetzt. Bisher hatte es eine Führung gegeben, die dem kommunistisch-sowjetischen Herrschaftsanspruch und Machtmißbrauch widerstanden hatte. Mit Jakob Kaiser, der als „anti-christlich und anti-national“ diffamiert wurde[20], war die dominierende Persönlichkeit, die zwei Jahre lang, wenn auch unter immer größeren Schwierigkeiten, gegen die Sowjets und ihre Vasallen durchzuhalten versucht hatte, ausgeschaltet. Die von ihm formulierte Politik galt von nun an als die der „wahren“ CDU und stärkte den Freiheitswillen und die Widerstandskraft von Tausenden von CDU-Funktionären und Mitgliedern. In großer Breite dokumentieren die Akten der Ost-CDU auf lokaler und regionaler Ebene die Auseinandersetzungen mit der SED.[21] In den sächsischen Kreisverbänden Görlitz, Grimma, Großenhain und Wurzen gab es 1950/51 Austrittswellen verängstigter Mitglieder. Es kam zu erzwungenen Fraktionswechseln, Aberkennung von Parlamentsmandaten, massenhaften Parteiausschlußverfahren wegen „parteischädigendem“ oder „reaktionärem“ Verhalten und nicht zuletzt zu Schauprozessen. Teilweise formulierte die SED selbst die Vorwürfe, die die CDU-Führungen zum Ausschluß mißliebiger Mitglieder veranlaßten; so wurde im März 1950 der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Brandenburg, Peter Bloch, vom Hauptvorstand aus der Partei ausgeschlossen.[22] Überall dort,

19 Abgedruckt bei Suckut (Anm. 18), S. 157.
20 Protokolle des geschäftsführenden CDU-Landesvorstands von Brandenburg vom 7. September 1950 (ACDP III-033–145).
21 Für Brandenburg vgl. ACDP III-033–008/012/017/018/028/029/045/107/149/150/194 usw.
22 Vgl. Bloch an Hauptvorstand der CDU vom 17. März 1950, in: ACDP III-033–145.

wo der „Exilparteitag“ der Kaiser-CDU auch „nur diskutiert wird“, müsse „unbarmherzig vorgegangen“ werden[23], so definierte der CDU-Landesvorstand von Brandenburg seine Aufgabe.

Wie mit den der Hermes/Kaiser-Linie verpflichteten Funktionären und Mitgliedern umgegangen werden sollte, machte Gerald Götting im Vorfeld des Berliner Parteitages von 1952 klar. In einem Bericht eines später in den Westen geflohenen CDU-Funktionärs wird er wie folgt zitiert: „Es reden nur die, die wir bestimmen, und sie reden nur das, was wir bestimmen“; alle Sicherheitsmaßnahmen würden im Zusammenhang mit der Staatssicherheit getroffen, so daß keine Panne eintreten könne; jeder offizielle Beitrag und jeder Diskussionsbeitrag müsse vorher von der Parteileitung genehmigt sein und zudem in Karlshorst, dem Sitz der SMAD, so rechtzeitig vorliegen, daß Einwände von dort gegebenenfalls berücksichtigt werden könnten.[24]

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen konnte Götting nicht verhindern, daß die fortdauernde starke Heterogenität innerhalb der Partei deutlich zutage trat. Mindestens die Hälfte der Delegierten, so Götting erzürnt, habe am Rande des Parteitags „skandalös westlich“ diskutiert, gegen die eigene Partei, d. h. die SED-orientierte Führung, gehetzt und die Sowjetunion verunglimpft. Als Dertinger in seiner Rede gesagt habe, das Grundübel der Zeit sei „der Abfall von Gott“, habe ein solcher Beifall und Jubel eingesetzt, daß es nur peinlich gewesen sei, zumal jeder gewußt habe, gegen wen sich dieser Jubel richtete. Er, Götting, werde jetzt zusammen mit dem Ministerium für Staatssicherheit in der Partei aufräumen. Auch der Landesvorsitzende von Sachsen, Hugo Hickmann, hatte beim 4. Parteitag im November 1949 in Leipzig tosenden Beifall erhalten, als er ausrief, kein christlicher Demokrat werde sich mit einem Marxisten in einem politischen Einheitsbrei verlieren.

Tatsächlich wurde Georg Dertinger, immerhin DDR-Außenminister und derjenige, der neben Götting maßgeblich die CDU auf einen zentralistischen prokommunistischen Kurs geführt hatte, drei Monate später, am 13. Januar 1953, noch während der großen Schauprozesse gegen die CDU in Erfurt und Gera, festgenommen. Mit ihm wurden der Verwaltungsdirektor und Personalchef der CDU, Fritz Jentsch, Dertingers Sekretärin Ilse-Ruth Bubner und der Parteiangestellte Alfred Henkel inhaftiert. Bei dieser Aktion wurde die Parteizentrale von etwa 100 Mitarbeitern des MfS besetzt und gründlich durchsucht. Diese Aktionen führten zu einer panikartigen Fluchtbewegung zahlreicher leitender CDU-Funktionäre[25], denn die offenkundig von Götting initiierte Verhaftungswelle leitender Mitarbeiter hielt weiter an. So wurde nicht

23 Vgl. Anm. 17 – Protokolle vom 7. September 1950.
24 ACDP III-013–694.
25 Vgl. Michael Richter: Vom Widerstand der christlichen Demokraten in der DDR. In: Verfolgt – verhaftet – verurteilt. Demokraten im Widerstand gegen die rote Diktatur – Fakten und Beispiele. Hg. von Günther Scholz. Berlin 1990, S. 35–37.

nur der verantwortliche Redakteur des CDU-Pressedienstes, Hartmut Fuchs, sondern im Februar 1953 auch Willi Leisner inhaftiert. Leisner hatte seit 1950 den Posten eines Referenten für Kirchenfragen bekleidet und vermutlich erst im November 1952 die Redaktion der Wochenschrift „Verantwortung“ übernommen. Als Haftgrund wurde ein angeblicher „Hetzartikel“ in dieser Zeitschrift angegeben; schon am 3. Februar 1953 war er deshalb aus der CDU ausgeschlossen worden.[26]

Ein bezeichnendes Licht auf die Entwicklung und Umgestaltung der CDU und ihrer Spitze wirft das Schicksal der fünf Landesvorsitzenden, die nach der Ausschaltung des legalen Hauptvorstands die Führung der Partei zu übernehmen hatten. Von ihnen blieb nur der anpassungswillige Dr. Reinhold Lobedanz (Mecklenburg) im Amt. Der Landesvorsitzende von Brandenburg, Dr. Wilhelm Wolf, der fest zur Kaiser-Linie stand, kam bei einem mysteriösen Autounfall am 14. Mai 1948 ums Leben. Der Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Dr. Leo Herwegen, der zunächst durch seine sowjetfreundliche Haltung aufgefallen war, wurde im Oktober 1949 verhaftet, weil er Sabotage an der Sozialisierung und am Volksvermögen betrieben haben sollte. Der Landesvorsitzende von Thüringen, Siegfried Trommsdorf, floh vor seiner Verhaftung 1950 in den Westen. Der Landesvorsitzende von Sachsen, Prof. Dr. Hugo Hickmann, der meinte, zur Rettung der CDU mit Kaiser offiziell brechen zu müssen, im Prinzip aber an den Grundpositionen der Partei festhielt, geriet 1949/50 ins Visier der SED. Ein „spontaner“ Sturm der CDU-Landesgeschäftsstelle durch SED-Gruppen, die mit Sprüchen wie „Hängt ihn auf, die Sau!“ seine Absetzung verlangten, führte zu seinem erzwungenen Verzicht. In der Folge wurde die Partei in Sachsen, wie auch anderswo, konsequent von mißliebigen Funktionären „gesäubert“: Viele wurden verhaftet, anderen, wie dem Landtagsabgeordneten Paul Nowak, gelang kurz vor ihrer Verhaftung die Flucht.

Diese für alle Welt sichtbare Beseitigung von CDU-Führungspersönlichkeiten, die nicht SED-hörig waren, verdeckt leicht den Blick dafür, daß das gleiche Schicksal oder Schlimmeres viele Amtsträger der CDU auf den unteren Ebenen ertragen mußten, ohne daß die Öffentlichkeit davon Näheres erfuhr. Allein zwischen 1948 und 1950 wurden 600 CDU-Mitglieder wegen ihrer oppositionellen Haltung in Haft genommen und in Blitzverfahren oder Schauprozessen, wie in Dessau, wo CDU-Betriebsgruppen ausgeschaltet wurden, in Erfurt 1952, in Gera 1953 und wieder in Erfurt 1953, zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt[27] oder in die Sowjetunion verschleppt, in einigen Fällen auch umgebracht. Diese Zahl, die schon 1958 ermittelt wurde, umfaßt nur die namentlich bekannten Opfer, die Dunkelziffer dürfte

26 Hermann Wentker: Ost-CDU und Protestantismus 1949–1958. Die Partei der „fortschrittlichen Christen“ zwischen Repräsentationsanspruch und Transmissionsaufgabe. In: KZG 2/1993, S. 349–378, hier S. 353.

27 Richter (Anm. 25), S. 49 ff.

weitaus höher liegen.[28] Nur bei den Waldheimer Prozessen 1950 gab es einen massiven Protest der CDU-Führung, über den Ministerpräsident Grotewohl im Kabinett abstimmen ließ, wobei sich die CDU-Minister zum Antrag Nuschkes auf „ordnungsgemäße und öffentliche Wiederholung“ der Prozesse bekannten, vermutlich der einzige Fall, daß im Ministerrat die CDU geschlossen gegen die SED Front gemacht hat. Den Staatssekretär im Justizministerium, Dr. Helmut Brandt, kostete dies nicht nur seinen Posten, er verschwand für 14 Jahre hinter Zuchthausmauern.[29]

Der Terror gegen CDU-Mitglieder hatte in der SBZ jedoch schon früher begonnen. Um nur einige Beispiele zu nennen: 1946 wurde der Landrat von Heiligenstadt, Dr. Aloys Schäfer, wegen seiner kritischen Haltung zum Kommunismus und zur Politik der Besatzungsmacht verhaftet und zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Im März 1947 wurden u. a. Ewald Ernst, Georg Wrazidlo und Manfred Klein, der neben Erich Honecker u. a. Mitgründer der FDJ gewesen war, verhaftet; alle waren der jüngeren Generation zuzurechnen. Ihr ’Vergehen’ war, daß sie sich zu den Grundsätzen der CDU bekannt hatten und einen Zusammenschluß gesamtdeutscher Hochschulgruppen herbeiführen wollten. Diese willkürlichen Verhaftungen verfolgten das Ziel, Unsicherheit in die Reihen der CDU-Nachwuchsorganisationen zu tragen und ihren Einfluß, vor allem auch im akademischen Bereich, systematisch zurückzudrängen, um sie schließlich gänzlich zu zerschlagen. Ereignisse wie der Tod von Hermann Neumann im Jahr 1949, stellvertretender Bürgermeister von Falkensee, der kurz nach seiner Verhaftung ums Leben kam, oder von Frank Schleusener, Vorsitzender der brandenburgischen CDU-Landtagsfraktion und Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg, der 1950 an den Folgen von Folterungen im Gefängnis starb, führten dazu, daß Widerspruch gegen die SED-Politik immer vorsichtiger und zurückhaltender formuliert wurde.[30] Die Arbeit wurde in die Illegalität gedrängt, wobei sich die Kaiser anhängenden Gruppen um intensiven Kontakt zum CDU-Ostbüro in Berlin und zur 1950 gegründeten Exil-CDU bemühten.

Nach Auswertung der namentlich bekannten Fälle von Verfolgung und Inhaftierung, die in den Akten des Deutschlandbüros und der Exil-CDU (ACDP) dokumentiert sind, ergibt sich folgendes statistische Bild über Verhaftungen von CDU-Mitgliedern, das allerdings keinerlei Vollständigkeit beanspruchen kann:

28 Nach Fricke (Anm. 15), S. 69.
29 Vgl. Michael Klonovsky/Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland – Dokumentation, Zeugenberichte 1945–1950. München 1983.
30 Richter (Anm. 25), S. 43.

1945	25
1946	87
1947	73
1948	118
1949	135
1950	331
1951	249
1952	216
1953	259

Als Haftgründe wurden vor allem „Boykotthetze“, Wirtschaftsvergehen, Spionage, versuchte Republikflucht, illegale Gruppenbildung, NS-Vergehen, „antisowjetische Hetze“, Westkontakte usw. angegeben.

Der systematischen Ausschaltung von aktiven CDU-Mitgliedern und Funktionsträgern durch Verfolgung und Haft parallel ging eine starke Fluchtbewegung in den Westen, um der permanenten Rechtsunsicherheit und Bedrohung zu entgehen. Auf die freiwerdenden Posten wurden in einem als „Selbstreinigung“ ausgegebenen Prozeß durchgängig der Parteiführung ergebene und damit SED-hörige Funktionäre gesetzt. Dieser Prozeß wurde wesentlich begünstigt durch die Zerschlagung der Länder und den Aufbau neuer Bezirksorganisationen im Jahr 1952. Die neuen Parteisekretäre sorgten in aller Regel widerspruchslos für die Umsetzung der Direktiven, die von oben aus dem Generalsekretariat Gerald Göttings kamen. Damit war es der SED im Verein mit ihrem Vasallen Götting innerhalb weniger Jahre gelungen, das oppositionelle Potential, das die CDU verkörperte, erheblich zu schwächen. Das Selbstverständnis aus der CDU-Gründungsphase, das mit dem Namen Jakob Kaiser eng verbunden war, verflüchtigte sich aber nicht völlig. Vor allem in den unteren Parteieinheiten blieb es bis zum Ende der DDR lebendig, auch wenn sich die Opposition nicht mehr so entfalten konnte, wie dies bis etwa Anfang der fünfziger Jahre feststellbar ist.

Parteiführung und Basis bis zum Mauerbau

Unbestritten ist, daß die CDU gegen die Zwangsmaßnahmen zur Umgestaltung der SBZ/DDR in eine kommunistische Diktatur bis zu diesem Zeitpunkt mit Protesten und anderen Aktionen wie Verteilen von Flugblättern, Kleben von Plakaten, lauten Unmutsäußerungen usw., mit hinhaltendem Widerstand also, reagiert und ihre Eigenständigkeit, ihre weltanschauliche Orientierung, ihr Streben nach Demokratie und ihr Festhalten an der Einheit der Nation dabei dokumentiert hat.[31]

31 Vgl. die Zusammenstellung der einzelnen Maßnahmen bei Michael Richter: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung. Düsseldorf 1991, 2. korrig. Aufl., s. 387 f.

Die SED-gefügige Parteileitung war deshalb weiterhin bestrebt, dieses Potential auszuschalten. Ihre Druckmethode gegen die eigenen Mitglieder gipfelte in der Einsetzung eines Zentralen Untersuchungsausschusses, der auf Veranlassung von Götting durch den Politischen Ausschuß, das oberste Leitungsorgan der CDU zwischen den Parteitagen, im Februar 1953 alle Mitglieder der Führungsriege durch Fragebogen, Lebenslauf und mündliche Einvernahme zu überprüfen hatte. Wie begründet diese Aktion war, offenbarte sich im Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni 1953. Nach eigenem Eingeständnis war die Parteileitung nicht auf der Höhe des Geschehens: „Während die Liberaldemokratische und die Nationaldemokratische Partei bereits am 17. Juni abends Stellungnahmen zu der Situation veröffentlichten, schwieg die Partei“[32]. Bald aber folgten die Schuldzuweisungen an die „westlichen Provokateure“, die verdächtigt wurden, die DDR mit Hilfe eines Putsches dem amerikanischen Imperialismus auszuliefern. Die Leitung war sich bewußt, daß diese offizielle Sprachregelung den Tatsachen und der innerparteilichen Situation in keiner Weise Rechnung trug. In einer ersten Lageanalyse vom 23. Juni[33] hieß es: „Im Verlauf der Unruhen der letzten Tage war zu bemerken, daß Funktionäre oder Geschäftsstellen der Partei in kaum einem Falle angegriffen worden sind. Vielfach brachten die Demonstranten ihre Sympathie mit unserer Partei zum Ausdruck. Diese Sympathieerklärungen zeugen . . . von einer völligen Verkennung der Aufgaben und der Rolle unserer Partei ...“ Offenkundig galt die CDU, die den gleichen Namen wie die Regierungspartei in der demokratischen Bundesrepublik führte, den Aufständischen als Hoffnungsträger für eine demokratische und wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft und wurde deshalb – trotz ihrer Führungsclique – mit Sympathie bedacht.

Aufgrund dieser Nachrichten, die die SED-hörige Parteileitung alarmierten, erhielt ihr Generalsekretär Götting in der Sitzung des Hauptvorstands den Auftrag, sämtliche Bezirksverbände aufzusuchen und ihnen die „Linie der Partei“ zu vermitteln.[34] Er selbst definierte als Ziel seiner Reise, die „sehr ernsten Vorwürfe gegen die Arbeit der Parteileitung“, „diese Diskussionen in den Kreisverbänden zu zerschlagen und gleichzeitig die gesamte Kraft der Partei für die Durchsetzung des neuen Kurses zu mobilisieren“.[35] Dem „Situationsbericht aus den Bezirksverbänden“ vom 17. Juli und den Ende Juli bei Funktionärskonferenzen der Bezirke gegebenen Berichten der Kreisverbände ist zu entnehmen, wie tief die Spaltung zwischen den Berliner Funktionären und der Mitgliedschaft tatsächlich war. Zwar herrsche, so lautete ein Fazit Göttings, in der Bevölkerung größtenteils äußerlich Ruhe, in Wirklichkeit habe sich die Stimmung seit dem 17. Juni 1953 in

32 ACDP VII-013–1728.
33 ACDP VII-013–1743
34 ACDP VII-010–2054 S. 23
35 ACDP VII-013–1743.

keiner Weise gebessert.[36] Diese Kluft war trotz aller Einflußnahme aus Berlin auch nicht zu überbrücken, wie eine „Schwerpunkt-Analyse für die Erweiterte Sekretariatssitzung in Leipzig“ am 3. September 1953 ausweist. „Die Mitglieder unserer Partei machen der Parteileitung eine Reihe von Vorwürfen. Die wachsenden Austritte in unserer Partei sind nicht zuletzt Zeugnis für die Unzufriedenheit mit der Parteileitung.“[37] Noch Monate nach dem Aufstand rumorte es weiter.

Welche Erkenntnisse wurden aus den Parteigremien nach Berlin gemeldet und von Götting bei seinen Visitationen in „außerordentlich scharfen und in vielen Fällen sehr langwierigen“ Diskussionen gewonnen?[38] Es waren im wesentlichen allgemein-politische, aber auch spezifisch parteipolitische Einsichten:

> Die Bevölkerung habe kein Vertrauen in die Politik und in die Regierung. Sie fordere die deutsche Einheit, den Rücktritt der Regierung, Durchführung von freien gesamtdeutschen Wahlen und freie Wahlen in der DDR.
>
> Die Volkskammer und die übrigen Parlamente müßten einberufen und arbeitsfähig (d. h. demokratisch) gemacht werden.
>
> Die Blockpolitik müsse auf gleichberechtigter Basis erfolgen.
>
> Personalpolitik müsse nach sachlichen, nicht nach politischen Kriterien erfolgen.[39]
>
> Es müsse Rechtssicherheit hergestellt werden; der entsetzlichen Willkürjustiz müsse ein Ende gesetzt werden.
>
> Die Fehler in der Versorgung wie in der Landwirtschaft müßten abgestellt werden.
>
> Die Möglichkeiten zur Liquidierung der 5-Kilometer-Zone an der Demarkationslinie seien ernsthaft zu prüfen.
>
> Die Partei werde „von Kreisen der christlichen Bevölkerung nicht mehr als Sachwalterin der Interessen der Christen in unserer Republik, sondern lediglich noch als ’Sprachrohr’ einiger Maßnahmen der Regierung unserer Republik betrachtet“; sie unterbreite keine eigenen Vorschläge und reagiere nicht auf die Wünsche der Mitglieder.[40]

36 ACDP VII-013–1743 S. 2.
37 ACDP VII-013–1728 S. 8.
38 Zusammenfassung aus: Situationsbericht vom 17. Juli 1953. Bericht über die Besprechung mit den Kreissekretären und Kreisvorsitzenden in den Bezirkssekretariaten der CDU der Deutschen Demokratischen Republik, o.D. (von Ende Juli 1953); Hausmitteilung von Fahl für Generalsekretär Götting vom 13. Juli 1953 sowie Schlußfolgerungen aus der gegenwärtigen Lage für die nächsten Aufgaben der Partei vom 23. Juni 1953 von Fischer (ACDP VII-013–1743).
39 „Es tut mir außerordentlich leid, Ihre Bewerbung nicht berücksichtigen zu können, da Sie Mitglied der CDU sind.“ – Bericht (o.D.), S. 12.
40 Analyse über die Lage und die Aufgaben der Partei (o.D.), in: ACDP VII-013–1743 S. 2.

Wesentliche Kritik der CDU-Mitglieder richte sich gegen die bisherige Haltung der Parteileitung in der Frage der Jungen Gemeinde; größere Zurückhaltung werde verlangt.[41]

Es wäre „für die CDU an der Zeit, unter Wahrung wirklich christlich-sozialer Gesichtspunkte zu erwägen, welche Vorschläge zu unterbreiten sind, um die Regierung so zu gestalten, daß die Arbeiterklasse 100%iges Vertrauen zu ihr haben kann“.[42]

Dieser Katalog von Forderungen und Vorschlägen, die der Parteizentrale in Berlin vorlagen, ließe sich noch um einiges verlängern. Eine Reaktion ist jedoch nicht erkennbar. Ein Brief vom 7. Juli 1953, den Otto Nuschke an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl schicken wollte und der Hinweise auf einige dieser Faktoren, die zu der „Vergiftung der Atmosphäre“ geführt hatten, sowie Verbesserungsvorschläge enthielt, wurde nie abgesandt, sondern zur „vertraulichen Ablage“ gesteckt.[43] Es handelt sich hierbei um ein aufschlußreiches Dokument für die SED-Hörigkeit der CDU-Führung und für die gleichzeitige Ignorierung von Forderungen der Mitgliedschaft.[44] Auch Berichte über Parteiaustritte, vor allem jüngerer Mitglieder,[45] wegen der Rechtfertigung des Einsatzes sowjetischer Truppen bei der Niederschlagung des Aufstands beeindruckten den Hauptvorstand nicht.

Daß es keineswegs nur um vorübergehende Unmutsäußerungen ging, stellte im November 1953 Hauptvorstandsmitglied Ulrich Fahl in einem Schreiben an alle Sekretariatsmitglieder fest: „Der Kampf gegen reaktionäre und gegnerische Tendenzen in der Partei muß beharrlich geführt werden.“[46] In der Tat hatten die Säuberungs und Gleichschaltungsbemühungen der Parteileitung nach dem Juniaufstand zunächst zur Folge, daß die Aversion der Mitglieder stärker wurde und sich nun auch in Gegenden und Bereichen der DDR-Gesellschaft zeigte, in denen es unmittelbar nach dem Aufstand weitgehend ruhig geblieben war.[47]

Götting und die Leitungsriege ließen sich von ihrem Kurs allerdings nicht abbringen; vielmehr erneuerte der Generalsekretär anläßlich des 4. Parteitages der SED in einem Artikel in der „Neuen Zeit“ vom 14. März 1954 sein Bekenntnis zum Führungsanspruch der SED. Um die CDU in diesem Sinne weiter zu konsolidieren, wurden das Parteipersonal wie auch die Mitglieder

41 Ebd. S. 5.
42 Ebd. S. 6.
43 ACDP VII-010–1019.
44 Vgl. zu den Wünschen auch Udo Wengst: Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953. In: VfZ 2/1993, S. 277–321, insbes. Dok. 2, S. 303–321; Leo Haupts: Die Blockparteien in der DDR und der 17. Juni 1953. In: VfZ 40 (1992), S. 383–412.
45 ACDP III-045–177/1.
46 ACDP VII-011–3021.
47 Markus Kiefer: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der ehemaligen DDR – Struktur, Programm und Politik einer Blockpartei 1949–1989. Mag.-Arbeit, 2 Bde. Saarbrücken 1993, S. 89.

durch Überwachungs und intensive Schulungsmaßnahmen gezielter auf ihre Aufgaben vorbereitet. Seit 1951 gab es Parteischulungsstätten, 1956 wurde die Zentrale Parteischule in Burgscheidungen eingerichtet. Dennoch läßt sich nicht nur für die fünfziger, sondern auch für spätere Jahre aus den Stimmungsberichten und den „Förderungsgesprächen“, die aufgrund der Direktive der Parteileitung mit Mitgliedern zu führen waren, ablesen, daß das westdeutsche demokratische Gegenmodell zum sozialistischen Staat nach wie vor große Anziehungskraft besaß. In manchen Ortsgruppen wurden Wahlsiege der CDU in der Bundesrepublik wie eigene Erfolge gefeiert.

Die Akten der 1952 eingerichteten Untersuchungsausschüsse gehören zu den wichtigsten Quellen zur Geschichte der Parteidisziplinierung und der Ablösung oder Bestrafung mißliebiger Funktionäre. Neben einem Protokoll über die Verhandlungen enthalten sie die Stellungnahmen der Betroffenen und zum Teil auch Zeugenaussagen. Die Arbeit dieser Ausschüsse beruht auf den vom Hauptvorstand der Partei am 16. Dezember 1952 ausgegebenen Richtlinien:

„Die Satzung der Christlich-Demokratischen Union verpflichtet alle Gliederungen und Mitglieder der Partei, die Grundsätze der Parteidisziplin und der innerparteilichen Demokratie zu wahren und zu verteidigen, innerhalb und außerhalb der Parteiorganisation politische Wachsamkeit zu üben und alle Bestrebungen, die sich gegen die Grundsätze der Politik der Deutschen Demokratischen Republik sowie gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei richten, zu entlarven. Die Untersuchungsausschüsse bei der Parteileitung, bei den Bezirks- und Kreisvorständen sind beauftragt, die Innehaltung dieser Grundsätze zu überwachen und jeglichem parteischädigenden Verhalten mit parteidisziplinarischen Maßnahmen entgegenzutreten.“

Für diese Untersuchung widerständigen Verhaltens in der Ost-CDU sind aus dem zentralen Parteiarchiv, der Schulungsstätte Burgscheidungen und den Archiven der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände u. a. folgende Akten herangezogen worden:

Personalakten: Sie enthalten Personalbögen mit Angaben zur Person und Konfession, zu parteipolitischen Aktivitäten vor 1945, über Mitgliedschaft in Massenorganisationen, gesellschaftliche Auszeichnungen, Übernahme von Mandaten und Funktionen in der CDU, Lebensläufe und eine politische Beurteilung durch übergeordnete Parteiorgane.

Akten der Parteischulen: Sie sind eine wichtige Quelle für die Rekrutierung von Kadern und enthalten Informationen über die jeweilige ideologische und fachliche Qualifikation, insbesondere wenn die Ablösung oder Beförderung von Funktionären anstand.

Informationsberichte: Sie enthalten Auskünfte über die Lage an der Parteibasis und über mißliebige Funktionäre. Gleichzeitig dienten sie auch der Kontrolle unterer Parteiorgane durch vorgesetzte Instanzen.

Stimmungs- und Meinungsberichte zu besonderen Ereignissen (z. B. zum 17. Juni).

Besonders in den fünfziger Jahren dokumentieren diese Berichte Unmut und Unzufriedenheit. Beklagt werden nicht nur die schlechte Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und schlechte Wohnverhältnisse, sondern auch die Benachteiligung von CDU-Mitgliedern bei der Vergabe von Mandaten und öffentlichen Ämtern sowie die Willkür einzelner SED-Funktionäre. Wie die Stimmung an der Basis war, wird aus den Berichten der von der Parteileitung auf zentraler und Bezirksebene eingesetzten Instrukteure ersichtlich. Sie zeichnen in den fünfziger Jahren ein relativ ungeschminktes Bild der tatsächlichen Situation und mahnen personelle Veränderungen in sogenannten „schwierigen Kreisverbänden“ an, die nicht in die offizielle Parteilinie paßten. In späteren Jahren werden diese Berichte nichtssagender, ja schönfärberisch, weil die Weitergabe unangenehmer Wahrheiten unliebsame Konsequenzen für den Verfasser nach sich zog, denen man besser auswich. Aber es gab auch mutige Ausnahmen, aus denen die wahre Stimmung unter den Mitgliedern deutlich wird.

Wesentliche Einblicke vermitteln trotz dieser quellenkritischen Vorbehalte auch Akten aus den SED-Beständen „Befreundete Organisationen“ der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO), vor allem Berichte der CDU über ihre eigenen Aktivitäten, Berichte über die CDU, Informationen über sie an das Zentralkomitee der SED usw.

Die Breite oppositionellen und widerständigen Verhaltens kann im Rahmen dieser Skizze nicht dargestellt werden; die geschilderten Fallbeispiele und Fallgruppen, die im folgenden bewußt ausführlich belegt sind, stehen insofern paradigmatisch für eine Vielzahl weiterer aktenkundiger Fälle.

Diskrepanzen zwischen Führung und Basis lassen sich u. a. am Beispiel des Bezirksverbandes Gera und der dazugehörigen Kreisverbände aufzeigen. Über die Stimmung an der Basis schrieb der Bezirksvorsitzende Günter Neumann am 1. März 1954 an Götting, daß in den Kreisverbänden Jena, Zeulenroda und Lobenstein sehr große Schwierigkeiten bestünden, weil dort die Anhänger Kaisers noch immer großen Einfluß ausübten. Außerordentlich kritisch gegenüber der Parteiführung seien auch die Mitglieder des Kreisverbandes Greiz.[48] Neumann wurde aufgrund dieses offenen Berichts seines Postens enthoben.

Vorgehalten wurde ihm u. a. eine zu kritische Berichterstattung. Die Parteiführung sehe sich dadurch getäuscht und in ihrer Arbeit beeinträchtigt, da die tatsächliche Lage im Bezirk Gera viel positiver sei. Der zentrale Untersuchungsausschuß der CDU erhob überdies den Vorwurf, daß Neumann die politischen Dokumente der Partei nur ungenügend auswerte und nicht die notwendigen

48 ACDP III-045–149/1.

Schlußfolgerungen ziehe. Er sei ein Saboteur und hätte in der Vergangenheit solche Kreissekretäre unterstützt, die als Doppelzüngler entlarvt worden seien. Er habe nicht nur den volksfeindlichen Charakter Adenauers zu bagatellisieren versucht, sondern sogar noch ins Gegenteil verkehrt. Überdies müsse ihm auch der Vorwurf gemacht werden, daß er die „faschistische Provokation“ (gemeint ist der 17. Juni) anläßlich einer Ortsgruppenversammlung in Bürgel als Ausdruck des wahren Volkswillens gerechtfertigt habe.[49] Neumann wurde zum Feind der antifaschistisch-demokratischen Ordnung erklärt, der bewußt Hetze gegen die Funktionäre der SED betrieben habe. Die Konsequenzen waren seine Absetzung als Bezirksvorsitzender und sein Ausschluß aus der CDU[50], was zum Höhepunkt heftiger personeller und politischer Auseinandersetzungen im Bezirk Gera wurde.

Personelle Schwierigkeiten durch Funktionäre, die nicht der Parteilinie angepaßt waren, wurden auch aus den Kreisverbänden Greiz, Schleiz und Saalfeld gemeldet. In Greiz regte sich 1957 starker Widerspruch gegen die Absetzung des Kreisvorsitzenden Heinz Frommelt. Ende April 1957 teilte die SED dem Bezirksvorsitzenden Grewe mit, daß sie die Bestätigung von Frommelt als Stadtrat wegen seiner politischen Unehrlichkeit (schwankende Haltung zum Arbeiter-und-Bauernstaat und zum Sozialismus) verweigere. Anlaß dazu waren Äußerungen zur Niederschlagung des Ungarnaufstands von 1956 und zur Ausgabe von Lebensmittelkarten. Wie aus dem Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 24. Mai 1957 hervorgeht (Teilnehmer an der Sitzung war auch der Bezirksvorsitzende Grewe), protestierten mehrere Vorstandsmitglieder gegen die Verhängung einer Parteirüge (Verbot der Ausübung einer Parteifunktion innerhalb der nächsten zwei Jahre). Das Vorstandsmitglied Josef Douscha führte u. a. aus.: Wenn Frommelt unehrlich gehandelt hätte, „hätte er das, was er gedacht hat, für sich behalten und nichts gesagt. Unsere Verfassung garantiert uns, daß wir offen sprechen dürfen. Was ist der Grund, weshalb die Leute sich nirgends zu Wort melden und warum ist eisiges Schweigen am Platz? Weil jeder Angst hat, daß ihm daraus ein Strick gedreht wird. Wir müssen doch gewärtig sein, wenn wir auch einmal ein schiefes Wort sagen, daß es uns morgen genauso geht wie Freund Frommelt.“[51] Douscha berichtete ferner, daß viele Mitglieder aus Protest keine Beiträge mehr entrichten würden. Frommelt entzog sich drohender Willkürmaßnahmen durch Flucht in den Westen. Die Vorgänge um den früheren Kreisvorsitzenden wurden 1958 auf Veranlassung des Bezirksvorstandes aus dem Rechenschaftsbericht des Kreisverbandes für die Kreisdelegiertenkonferenz gestrichen, was Josef

49 ACDP III-045–167/1.
50 ACDP III-045–003/6.
51 ACDP III-045–085/5.

Douscha, der den Bericht angefertigt hatte, vor dem Bezirksuntersuchungsausschuß als „undemokratisch“, „Holzhammerpolitik“ und Verletzung“ der innerparteilichen Demokratie bezeichnete.[52]

Wegen Äußerungen über die Ereignisse des 17. Juni wurde Erich Rudert 1954 aus dem Postdienst entlassen und aus der Partei ausgeschlossen. Am 17. Juni 1953 sei er „offen gegen die Regierung aufgetreten, dann wieder in den Hintergrund getreten, wie Giftbienen auf Beute lauernd“. Er habe geäußert: „Eine Regierung, die Fehler macht, muß abtreten“, und: „Ich fühle mich eins mit den Demonstranten“.

Wieviele CDU-Mitglieder in den Jahren 1954 bis zum Mauerbau wegen unterschiedlichster „Vergehen“ verhaftet und verurteilt wurden, läßt sich derzeit auch nicht annähernd exakt feststellen. Nachgewiesen werden können zur Zeit rund 250 Fälle, in denen es zu einem ernsten Konflikt mit dem Regime und zum Teil langjährigen Haftstrafen kam. Das ist sicherlich nur die Spitze des Eisbergs widerständigen Verhaltens von CDUMitgliedern.

Ähnlich kritisch wie im Umfeld des 17. Juni oder des Ungarnaufstands von 1956 waren die Stimmen aus der Basis gegenüber SED und eigener Parteileitung im Zusammenhang mit dem Mauerbau im August 1961, doch ist hier die Opposition nicht mehr so scharf formuliert wie 1953. Die Partei hatte sich durch eine strenge „Kaderauslese“ inzwischen dem Augenschein nach weitgehend im SED-Sinne konsolidiert. Kritische Mitglieder oder auch Funktionäre der unteren Ebene (Kreissekretäre) hatten die DDR verlassen oder waren aus der Partei ausgetreten. Zwischen der Mitte der fünfziger Jahre bis zum Mauerbau waren jährlich durchschnittlich 2.000 CDU-Mitglieder aus der DDR geflohen, was sofortigen Parteiausschluß bedeutete.[53] Während das Präsidium der Partei in seiner Sitzung vom 29. August 1961 die Grenzbefestigungen als „Maßnahmen zur Stärkung unserer Republik“ guthieß[54], geben die von den unteren Parteigliederungen an die Parteiführung geschickten Schnellberichte über die Stimmung in der Mitgliedschaft ein anderes Bild: „Unklarheiten und falsche Auffassungen zu den gegenwärtigen Grundfragen der Politik“ kommen darin nach Ansicht der Parteiführung zum Ausdruck.[55] In einem parteiinternen undatierten Informationsbericht aus dieser Zeit werden „Argumente, die gegenwärtig unter den Mitgliedern der CDU und in der parteilosen christlichen Bevölkerung auftreten“, zusammengefaßt:

> „Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen in Verbindung mit den Friedenssicherungsmaßnahmen am 13. August ...

52 ACDP III-045–193/2.

53 Joachim Franke: Zur Reaktion von CDU-Führung und CDU-Basis (Ost) auf den Mauerbau am 13. August 1961. In: Deutschland-Archiv 23/1990, S. 1247 – hinsichtlich der Zahlen unter Berufung auf ACDP VII-013–813 und VII-013–1276.

54 ACDP VII-010–1821.

55 ACDP VII-013–082.

Vielfach wird gesagt: Macht freie Wahlen, dann werden wir uns schon richtig entscheiden ...

Unsere Maßnahmen ... vertiefen die Spaltung Deutschlands und spalten die Kirche ...

Die Maßnahmen unserer Regierung ... sind unmenschlich ...“[56]

Am 16. August 1961 legte die Parteileitung eine Zusammenstellung der aus den unteren Parteiverbänden eingegangenen Berichte vor: Eine pessimistische und resignierende Haltung sei weit verbreitet; die CDU-Mitglieder und Teile der christlichen Bevölkerung seien der Ansicht, die Maßnahmen der Regierung stellten einen Bruch des Völkerrechts dar, die der Westen sich nicht gefallen lassen könne; die DDR werde sogar als Konzentrationslager bzw. Zuchthaus bezeichnet. Interessant hinsichtlich der Bewahrung eines gesamtdeutschen Bewußtseins innerhalb der Ost-CDU ist auch das Argument, es sei doch gleich, wo man lebe, es sei doch alles Deutschland.[57]

Zwischen Resignation, kritischem Beharren und Opposition

Bei einer Tagung des Hauptvorstandes der CDU am 13. Oktober 1963 stellte der stellvertretende Generalsekretär Wolfgang Heyl fest, „daß sowohl in der Orts als auch in der Kreisebene unsere Führungskräfte nicht ganz auf dem Stand der politischen Arbeit stehen“. Am Beispiel des KV Haldensleben in Sachsen-Anhalt machte er klar, daß es in der Partei noch Kräfte gebe, „die sich mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft nicht nur nicht einverstanden erklären, sondern dafür sorgen, daß die Entwicklung in der LPG gehemmt wurde ... Dort gibt es noch einen Vorsitzenden ..., der noch Vorbehalte zu den Maßnahmen vom 13. August hat und zum anderen auch nicht einverstanden ist mit den Maßnahmen zur Sicherung unserer Staatsgrenze.“[58] Günter Wirth, Hauptvorstandsmitglied der Ost-CDU und damals stellvertretender Chefredakteur der „Neuen Zeit“, urteilte: „Trotz der grundlegenden und radikalen Veränderungen an der gesellschaftlichen Basis sind insbesondere im Bewußtsein vieler bürgerlicher und christlicher Intellektueller bedeutende Elemente der bürgerlichen Ideologie zurückgeblieben.“[59]

Generell sprechen die parteiinternen Informationsberichte aus dieser Zeit immer wieder die erheblichen Mängel in der Leitungstätigkeit der Vorstände

56 ACDP VII-013–3012; vgl. dazu auch Franke (Anm. 53), S. 1242–1251.

57 ACDP VII-013–082; auch zit. bei Franke (Anm. 53), S. 1248 f. Vgl. auch die Feststellung von Sekretariatsmitglied Gerhard Fischer, die Mitglieder setzten der CDU-Losung von der DDR als „unserem sozialistischen Vaterland“ die Ansicht entgegen: „Nicht die DDR, sondern ganz Deutschland ist unser Vaterland“; zit. bei Kiefer (Anm. 47), S. 210 f.

58 Zit. bei Franke Anm. 53), S. 1250 nach ACDP VII-010–1949.

59 Union teilt mit, Nr. 21/1961, S. 10.

und im politisch-ideologischen Bewußtsein der Mitglieder an.[60] Es finden sich in den Informationsberichten der Abteilung „Parteiorgane“ an die Parteileitung folgende Äußerungen der Basis: „Warum haben unsere CDU-Volksvertreter der ’Mauer’ zugestimmt, das verstehe ich nicht.“[61] „Ein totalitärer Staat kann es sich nicht leisten, eine offene Grenze zu haben.“ „Die Grenzsicherungsmaßnahmen sind nur gegen die Bevölkerung unserer Republik gerichtet. Sie dienen keinesfalls dem Schutze vor den westdeutschen Imperialisten.“[62] „Bei uns gibt es keine Freiheit, sondern nur im Westen.“[63]

Naturgemäß traten die kritischen Stimmen aus der Mitgliedschaft an neuralgischen Punkten der DDR-Geschichte wie dem Juniaufstand 1953, dem Mauerbau im August 1961, dem Volksentscheid über die sozialistische Verfassung 1968, dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei oder den Unruhen in Polen Anfang der achtziger Jahre in besonderer Weise hervor. Die Lage nach dem 13. August 1961 hatte sich gegenüber den Vorjahren allerdings gravierend verändert. Von diesem Zeitpunkt an war es nicht mehr möglich, als letzten Ausweg die Flucht zu ergreifen und den Zwangs und Sanktionsmaßnahmen zu entgehen. Von nun an stand die Suche nach Arrangement und Wegen geschmeidiger Anpassung ohne Selbstverleugnung im Vordergrund. Uneingeschränkte Bejahung oder volle Einsatzbereitschaft für die Ziele und die Politik der Parteiführung oder gar der SED mußte dies aber nicht bedeuten, wie sich in der Folgezeit vielfach nachweisen läßt.

Eine 1968 von acht CDU-Bezirkssekretariaten bei den Mitgliedern veranstaltete „Meinungsbildung über den Entwurf der sozialistischen Verfassung“, die dann an die Abteilung „Befreundete Organisationen“ beim ZK der SED weitergegeben wurde, zeugt von erheblichen Vorbehalten an der CDU-Basis gegen den Verfassungsentwurf.[64] Im einzelnen wurden die „Abwertung des Menschen“ beklagt und die „Einschränkung der Freiheiten der Bürger“ befürchtet; Sorgen „um die Rechte der Kirche und die freie Religionsausübung“ wurden ebenso geäußert wie „Fragen und Unklarheiten z. B. zu den verschiedenen Formen des Eigentums“ angesprochen.

Auch die Reaktionen auf den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR unterstreichen, daß die Parteibasis der CDU keineswegs in lautlose Resignation verfallen war. Massive Kritik an der Niederschlagung

60 Vgl. dazu für die Zeit vom November 1961 bis Ende 1965 u. a. ACDP VII-011–057/-058, VII-010–633/634, VII-010–635.

61 Kurzbericht über die auftretenden Argumente im KV Bernau, Berlin, 20. April 1965, in: ACDP VII-011–057.

62 Abteilung „Politik“ beim Hauptvorstand der CDU: „Material zur Vorbereitung der Bezirksdelegiertenkonferenz Suhl“, Berlin, 10. September 1962, in: ACDP VII-011–058.

63 Abteilung „Politik“ beim Hauptvorstand der CDU: „Material für die Bezirksdelegiertenkonferenz Potsdam“, Berlin, 17. August 1962, in: ACDP VII-011–057. Alle Zitate auch bei Kiefer (Anm. 47), S. 210 Anm. 345.

64 SAPMO-BArch, Abteilung „Befreundete Organisationen“, IV A 2/15/54.

des „Prager Frühlings“ wird mitgeteilt im „9. Bericht zur Meinungsbildung über die Maßnahmen der sozialistischen Bruderländer in der CSSR“[65] vom 2. September 1968. Dort wurden vor allem unter den kirchlichen Amtsträgern in der Partei „allgemeine große Zurückhaltung zu den Ereignissen in der CSSR“ verzeichnet und teilweise sogar „extrem gegnerische Äußerungen“ zur Kenntnis gebracht. Daß diese Kritik vornehmlich von kirchlichen Amtsträgern geäußert wurde, „normale“ Mitglieder aber zurückhaltender votierten, ist nicht weiter verwunderlich, da sie in ihrer beruflichen Existenz keine wesentlichen Beschränkungen befürchten mußten. Bemerkenswert ist aber doch, „daß der Unionsfreund Karl Schmidt aus Saara, Kreis Gera (BV Gera), der als Angestellter des Kreiskirchenamtes tätig ist, seinen Austritt aus der CDU erklärte und dieses mit den Ereignissen in der CSSR begründete“. In einem Bericht an Ulbricht vom 7. November 1968[66] werden einzelne Argumente gegen das SED-Regime aufgelistet, wobei vielen „die grundlegenden politischen Zusammenhänge noch nicht klar“ seien; es gebe „Rudimente bürgerlichen und kleinbürgerlichen Denkens“. U.a. wurden auch sowjetfeindliche Äußerungen zitiert wie „die Kooperation mit der Sowjetunion bringe für uns nur Nachteile“ oder „die Sowjetunion sei schuld an der Spaltung Deutschlands“.

Derartige Stimmungsberichte mußten für die SED-Führung eigentlich bedrückend sein: „Die Ereignisse in der CSSR haben den differenzierten Bewußtseinsstand der Mitglieder auch hinsichtlich unserer nationalen Politik deutlich gemacht. Dabei zeigte sich, daß die Gefährlichkeit und Rolle des westdeutschen Imperialismus noch stark unterschätzt, die Demagogie in bezug auf die ’neue Ostpolitik’ als Teil der imperialistischen Globalstrategie noch nicht durchschaut und die Alleinvertretungsanmaßung bagatellisiert wird.“

Im Januar 1982 wurde das Unionsmitglied Heinz Weise von seinem Posten als Leiter der Abteilung Wissenschaft und Technik bei der Dresdner CDU-Bezirkszeitung „Union“, der zweitgrößten Tageszeitung der Ost-CDU, entlassen, weil er im Zusammenhang mit der Solidarnosc-Bewegung in Polen die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Übernahme der Macht durch einen Militärrat verurteilt und als die eigentliche Konterrevolution erklärt hatte. Davon rückte er auch nach eindringlichen „Bekehrungsversuchen“ des Hauptvorstandes nicht ab.[67]

Im übrigen sind die Informationen, die die Abteilung „Parteiorgane“ dem Sekretariat des Hauptvorstands (SHV) zu dessen Sitzungen 1981 zu den Vorgängen in Polen unterbreitete, weitgehend nichtssagend. Die tatsächliche Stimmung an der Basis wird hier offenbar gar nicht eingefangen, was angesichts der drohenden Konsequenzen für das Aussprechen unangenehmer Wahrheiten nicht verwundert. So heißt es in einer entsprechenden Information

65 SAPMO-BArch IV 17 2&15 Nr. 54.
66 SAPMO-BArch NL 182 Nr. 1134
67 Vgl. den Vorgang in ACDP VII-012–3465.

für die Sitzung des SHV am 27. Oktober 1981, in der Diskussion unter den Unionsfreunden überwiege die Erwartung, daß es der neuen Führung unter General Jaruzelski gelingen werde, „die progressiven Kräfte zu mobilisieren, um die Konterrevolution zurückzudrängen und die sozialistische Entwicklung in unserem Nachbarland zu sichern“. Immerhin wird aber darauf verwiesen, es gebe auch Zweifel bei zahlreichen Mitgliedern, ob die solidarische Hilfe gegenüber dem sozialistischen Bruderland wirklich sinnvoll sei, wenn die polnische Staats- und Parteiführung sich nicht zum Handeln entschließe und wenn nicht das polnische Volk selbst große Anstrengungen unternehme, „um durch ordentliche Arbeit Voraussetzungen für die Mobilisierung der Wirtschaft zu schaffen“. Viele Mitglieder fürchteten auch, daß die Hilfen für Polen zu Lasten der eigenen Versorgung gingen.[68]

Was übrigens die größte CDU-Tageszeitung, das Zentralorgan „Neue Zeit“ (NZ), betrifft, so mag es erstaunen, daß selbst dieses Blatt der Parteileitung noch in den siebziger Jahren ideologisch nicht ausreichend gefestigt erschien. So stellten z. B. 1973 die Abteilungen des Sekretariats des Hauptvorstandes (SHV) übereinstimmend fest, die NZ sei ihrer Verantwortung als Leitungsinstrument der Partei nicht in notwendigem Maße gerecht geworden. Wesentliche ideologische Grundfragen, wie das Bekenntnis der CDU zur führenden Rolle der Arbeiterklasse und der SED, seien nicht in der geforderten Intensität behandelt worden. Auch enthielten eine Reihe von Beiträgen, darunter selbst Leitartikel des Chefredakteurs, zum Teil schwerwiegende ideologische Fehler.[69] Derartige Kritik wurde natürlich auch von SED-Seite geübt. In dem erwähnten Brief vom 7. November 1968 an Ulbricht, der ihn über den 12. CDU-Parteitag unterrichten sollte, heißt es u. a., daß die Chefredakteure der CDU-Blätter „den gegenwärtigen und erst recht den künftigen Anforderungen nicht gewachsen“ seien.[70]

Die Akten der Abteilung „Befreundete Organisationen“ beim ZK der SED lassen erkennen, daß die SED der kleineren Blockpartei trotz deren Unterwerfungsbereitschaft mit unverhohlenem Mißtrauen begegnete und ihre ideologische Zuverlässigkeit bezweifelte.

Die an diese ZK-Abteilung von der CDU-Parteileitung weitergegebenen „Stimmungsberichte“ aus der Partei wurden dort – wie man an den häufigen Anstreichungen und Marginalvermerken sieht – sehr aufmerksam gelesen und dabei häufig die schönfärberische Tendenz beanstandet. Charakteristisch ist ein SHV-Bericht vom 18. Juni 1968 über eine CDU-Kreisdelegiertenkonferenz. Dort ist mehrfach die Vokabel „alle“ im Sinne von „alle Ortsgruppen haben das richtige sozialistische Bewußtsein“ o. ä. von dem SED-Funktionär dick

68 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU, „Informationsberichte 1981“, unverzeichnet.
69 Vgl. „Kurzfassung der Analyse der Arbeit des Zentralorgans seit dem 13. Parteitag“, in: ACDP VII-010–3276.
70 SAPMO-BArch NL 182 Nr. 1134.

rot angestrichen und mit einem Fragezeichen bzw. mit dem Hinweis „eben nicht“ kommentiert.[71] Er war mit der tatsächlichen Stimmungslage offenbar bestens vertraut. Den SED-Stellen war klar: So einheitlich im Innern, wie sie es wünschten, war die ’befreundete Partei’ keineswegs. Kritisches Potential kam innerhalb der CDU, das wird aus diesen SED-Quellen klar, vor allem aus jenen Kreisen, die den Kirchen eng verbunden waren, bleibt aber keineswegs auf sie oder auf andere Einzelfälle beschränkt. Der Unmut der SED richtete sich auch gegen Mitarbeiter der CDU-Zentrale, unter denen es welche gäbe, die offen den „Kampf gegen die sozialistische Ideologie“ führten und von der bundesrepublikanischen CDU sowie von „reaktionären Kirchenkreisen“ beeinflußt seien. Aktenmäßig lassen sich derartige Fälle relativ einfach nachweisen, während die allgemeine Stimmung durch die geschönten Berichte eher verschleiert wird.

Brigaden der CDU-Parteileitung, die den politisch-ideologischen Unzuverlässigkeiten in den Ortsgruppen und Kreisen nachspüren sollten und deren Informationsberichte sich im SED-Archiv finden, dokumentieren dennoch den Unmut und die kritische Unangepaßtheit an der Parteibasis. Aus den Berichten mögen einige charakteristische Beispiele genügen: Da ist die Rede von starken Forderungen nach freien Wahlen, von Opposition gegen die SED und gegen die eigene Parteileitung, von negativen Tendenzen und falschen Auffassungen, von erschreckenden ideologisch-politischen Unklarheiten und davon, daß die marxistische Geschichtsauffassung von einem Christen nicht geteilt werden könne.[72] Bei allen Fortschritten hinsichtlich einer positiven Entwicklung „im sozialistischen Bewußtsein“ müsse gesagt werden, so heißt es in der Einschätzung der Kreisdelegiertenkonferenzen im Jahr 1964 im Bezirk Halle, „daß es in der Mitgliedschaft der CDU noch recht große Unklarheiten auf politischem, ideologischem und kulturellem Gebiet gibt“[73].

Insgesamt ist festzustellen, daß im Laufe der Jahre das Kritikpotential der CDU in den Akten der ZK-Abteilung „Befreundete Organisationen“ zwar geringer wird, dennoch aber weiterhin feststellbar bleibt. Diese Verminderung ist nicht zuletzt wohl auf die Tatsache zurückzuführen, daß bei allen Versammlungen der CDU die Ortsgruppen-, Kreis- oder Bezirkssekretäre der SED als „Gäste“ teilnahmen und „qualifiziert“ auftraten, wie ein SED-Bericht vom 5. Mai 1970 über deren Einsatz im Bezirk Frankfurt ausweist, und man deshalb besser schwieg. Es heißt darüber aber weiter: Die Mitarbeit der CDU lasse sehr zu wünschen übrig, was zum Teil mit der „ungenügenden Qualifikation und Unbeholfenheit des Bezirksvorsitzenden“ zusammenhängt, der unsicher sei und einen „ungenügenden Überblick“ habe. „Die Tendenz, den ökonomischen

71 Vgl. SAPMO-BArch, Bestand „Befreundete Organisationen“, IV A 2/15/62.
72 Berichte über Brigadeeinsätze in den BV und KV der CDU, 1954–1960, In: SAPMO-BArch, Abteilung „Befreundete Organisationen“, IV A 2/15/44.
73 Ebd. IV A 2/15 Nr. 62.

Problemen auszuweichen und vornehmlich 'mit **den** Christen zu arbeiten', spürten wir auch in Frankfurt." Auch habe die CDU von allen Parteien „die meisten Schwierigkeiten bei der Benennung von Kandidaten" für die Kommunalwahl gehabt; teilweise habe sie ihre Kandidaten auf Intervention der SED wegen „Inaktivität und moralischer Verfehlungen"[74] zurückziehen müssen.

All dies sind einerseits Anzeichen der Resignation in den unteren CDU-Gliederungen, andererseits aber auch des kritischen Beharrens gegenüber den Anforderungen der SED. Auf die Verweigerung aktiver Mitarbeit am politischen Leben, ein durch die Umstände (Überwachung, Bespitzelung, politische Entmündigung) geradezu von der SED provoziertes Abdrängen ins Private, Unverbindliche, deutet auch ein weiterer Bericht vom 26. März 1970 zu den Kommunalwahlen hin, wo festgestellt wird, daß es „Unverständnis über die Bedeutung der führenden Rolle der Arbeiterklasse ... in allen Parteien" gebe und daß sie sich „vor allem mit Kaderfragen und organisatorischen Problemen" befassen würden.[75] Ein deutliches Indiz dafür, daß man sich durch ein bewußtes Beschränken auf unverfängliche Organisationstätigkeit aus der politischen Arbeit weitestgehend auszukoppeln versuchte.

Ein weiteres Beispiel aus den siebziger Jahren kann diese fortdauernde und latente ideologisch-weltanschauliche Resistenz innerhalb der Partei verdeutlichen: Der Kreissekretär der CDU Greifswald geriet Mitte der siebziger Jahre mit seiner Parteiführung in Konflikt, weil er es wagte, die Meinung zahlreicher Mitglieder, mit denen er täglich zu tun hatte, in seinen Informationsberichten ungeschminkt weiterzugeben. Vergleichbares hatte schon 1954 zur Abstrafung des Bezirksvorsitzenden von Gera (s. S. 5217) geführt. Zur Rechtfertigung seines Vorgehens stützte er sich in seinen Informationsberichten vom 3. Juli 1978 und einer Ergänzung (ohne Datum) dazu auf Aussagen von Bischof Krusche auf dem Erfurter Kirchentag, der ausgeführt hatte, es gebe nicht nur das Leiden der Alten und Sterbenden, sondern auch derer, „die im Beruf stehen, von denen mancher zusehen muß, wie das mit der Koordinierung immer nicht klappt, wie Fehler kaschiert und Erfolge erfunden werden. Oder auch das Leiden von jungen Leuten, die immer wieder etwas hören und sagen müssen, was sich mit ihrer eigenen Wirklichkeitserfahrung und Beobachtung nicht deckt und bei denen sich darum Aggressionen anstauen." Der Kreissekretär artikulierte „als politisch verantwortlicher Mensch" die „Vorwürfe, persönlichen Verärgerungen und dergleichen mehr", die „die Ohnmacht des Volkes" und die „massiven Verfehlungen bestimmter Leitungskader oder ganzer Leitungskollektive" anprangerten, und wies nachdrücklich darauf hin, „daß sich unabhängig von unserer politisch-ideologischen Massenarbeit eine

74 Ebd. IV A 2/15 Nr. 7.
75 Ebd.

bemerkenswerte 'Besinnung' und eigenständige Interpretation der sozialistischen Gesellschaft teilweise noch verdeckt, aber sich langsam Gehör verschaffend, abzeichnet ... Offensichtlich geht es um massive Kritik an den 'Sachwaltern des Systems'." Dahinter stehe, so seine Interpretation, eine ganze „Ideologie der Ausgestoßenen". Diese deutlichen Aussagen hielt er zunächst auch aufrecht, als die Parteiführung feststellte, daß sie „im Verfolg solcher als 'Informationen' deklarierten Auffassungen ... wohl in ernste Sorge über den psychischen Zustand und die politisch-geistige Haltung des Verfassers" geraten müsse. Schon zwei Jahre zuvor hatte der Sekretär ähnliche Ausführungen nach massiver Intervention des Bezirksverbands und Maßregelung zurücknehmen und eine Kürzung seines Gehalts in Kauf nehmen müssen. Auch dieses Mal war es so nach deutlichen Hinweisen auf Konsequenzen für Beruf, Karriere und finanzielle Auswirkungen und das Risiko, das er mit seiner Offenheit einging, denn „nach gründlichem Überdenken der entstandenen Kontroversen" bat er um Rückgabe besagter Informationen, „die ich nunmehr als verhängnisvoll werte."[76] Parteiausschluß oder Parteiaustritt hätte für ihn automatisch ein Berufsverbot nach sich gezogen.

Die Existenz und das Fortwirken des von ihm geschilderten Resistenzpotentials konnten dennoch nicht geleugnet werden. Es läßt sich für die siebziger und achtziger Jahre auch in vielen anderen Fällen durch die „Informationsberichte" belegen. Resistentes Verhalten war dabei nicht allein auf die alten Parteimitglieder beschränkt, die noch die Anfangsjahre der CDU miterlebt und gestaltet hatten, auch die Jugendlichen waren weder mit der Arbeit der CDU einverstanden, wie zahlreiche Austrittsanträge unterstreichen[77], noch „mit der politisch-ideologischen Arbeit der FDJ", „da sie sich mit ihrer gesamten Aktivität mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung identifiziert". Zahlreiche Austritte konnten nicht verhindert werden[78], bei denen fast immer „ideologische Gründe" oder die Feststellung angegeben wurde, die „Pflichten des Statuts" nicht mehr anerkennen zu können oder „die Pflichten als Mitglieder der CDU" nicht mehr erfüllen zu wollen.

Felder von Widerspruch und abweichendem Verhalten

Hauptsächlich waren es vier Felder, in denen sich die Kritik der CDU-Basis manifestierte.[79] Über die Breite dieses oppositionellen Potentials werden die derzeit noch weitgehend unerschlossenen Akten der siebziger und achtziger Jahre aus den Ortsgruppen, Kreisen und Bezirken sowie die Akten des SED-Archivs detaillierter Auskunft geben können.

76 ACDP III-043–068/1.
77 Vgl. z. B. „Streichungen, Austritte, Ausschlüsse" im KV Oelsnitz, ACDP II-286, unverzeichnet.
78 ACDP III-040 BV Dresden, unverzeichnet, Informationsberichte vom Mai 1976.
79 Vgl. dazu Kiefer (Anm. 47), S. 94 f.

1. In erster Linie richtete sich die Kritik gegen die führende Rolle der SED als der Partei der Arbeiterklasse.[80] Wie gering die Eigenständigkeit der CDU und wie dominant die SED tatsächlich war, erhellt aus dem Protokoll einer SED-Arbeitsgruppe in der ZK-Abteilung „Befreundete Organisationen" vom 7. April 1970, wo es heißt: „Die Thesen zum 25. Jahrestag der CDU werden abgelehnt, weil:
   a) Die Rolle der CDU ist überbetont und die führende Rolle der Arbeiterklasse völlig ungenügend dargelegt.
   b) Die Auseinandersetzung mit Westdeutschland ist schwach entwickelt.
   c) Die Arbeit der CDU im Rahmen der Nationalen Front wird nicht sichtbar.
   d) Die Aufgaben bei der Durchsetzung des ökonomischen Systems werden nicht entwickelt. Zu solchen Fragen wie die Arbeit mit ihnen nahestehenden Schichten wie Handwerker, Gewerbetreibende, Komplementäre wird ausgewichen.
   e) Es fehlt eine differenzierte Einschätzung.
   f) Die Probleme des geistig-kulturellen Lebens werden völlig ungenügend dargelegt.
   g) Zur Rolle der SU, der sozialistischen Staaten und der neuen Qualität gibt es keine Aussagen."[81]
2. Eng mit der Kritik an der SED verknüpft war zweitens das Mißbehagen an der Unterwerfungsbereitschaft der eigenen Partei gegenüber der SED.[82] In einem „Kurzbericht über die Meinungsbildung im KV Sangerhausen" vom 19. November 1965 wird die Stimmung vieler Mitglieder folgendermaßen wiedergegeben: „Es hat doch keinen Zweck, in die CDU einzutreten. Sie ist ja genau wie die anderen Parteien nur Mitläufer der SED. Die SED schreibt vor, was gemacht werden muß, und alle anderen Parteien müssen das gleiche tun. Früher, bei der Gründung der einzelnen Parteien, war das anders. Da konnte jeder seine Meinung sagen".[83] Hier kommen

80 Vgl. „Kurzbericht über die Meinungsbildung im KV Roßlau und KV Dessau" vom 8. November 1956: „Warum kann nicht einmal eine andere Partei regieren? ... Warum müssen alle Schlüsselpositionen in Staat und Wirtschaft durch Mitglieder der SED besetzt werden?" (ACDP VII-011–058). Ähnlich auch bei ebd.: „Von christlicher Partei ist nichts zu spüren, denn die CDU wagt noch nicht einmal, gegen die SED aufzumucken." Kurzbericht über die politisch-ideologische Situation im KV Naumburg vom 6. Dezember 1965.

81 SAPMO-BArch IV A 2/15 Nr. 7

82 So heißt es in einem Bericht über einen Brigadeeinsatz im BV Karl-Marx-Stadt vom 7. bis 11. Februar 1956: „Weit verbreitet ist in den Ortsgruppen die Auffassung, daß die CDU keine eigenständige Politik betreibe und sich im Fahrwasser der SED befände." SAPMO-BArch, Bestand „Befreundete Organisationen", IV A 2715 Nr. 44.

83 ACDP VII-011–058. – In einem Bericht der SED-Bezirksleitung Suhl über eine Kreisdelegiertenkonferenz der CDU Sonneberg vom 20. Mai 1964 heißt es u. a. „Eine negative Diskussion führte der Unionsfreund Vatter. Er ... brachte zum Ausdruck, daß man nicht sagen kann, was man denkt . . . Der verantwortliche Genosse vom Staatsapparat widerlegte ihm seine Meinung von der Einschätzung der Redefreiheit". SAPMO-BArch IV A 2715 Nr. 62.

Resignation und Demotivation klar zum Ausdruck, die sich mit dem Gefühl der Abhängigkeit und Ohnmacht verbinden und die offensichtlich bei den älteren Mitgliedern besonders stark waren, die die Partei noch mit ihrem Selbstwertgefühl und Selbstbehauptungswillen unter Hermes und Kaiser erlebt hatten. 1975 waren immerhin fast 60% der Mitglieder über 46 Jahre alt.[84] So heißt es bei dem Rentner Dr. Schäfer aus Neugattersleben im Bezirk Halle: „Die CDU ist doch nur ein notwendiges Anhängsel der SED ... Die SED bestimmt, und wir müssen diesen Befehlen nachkommen ... Damals, unter Jacob Kaiser, war das noch ein ganz anderes Leben.“[85] Wegen des Gefühls der Ohnmacht gegenüber der Dominanz der SED gab es zeitweilig sogar Befürchtungen über ein Verbot oder eine Auflösung der CDU.[86]

3. Ein dritter zentraler Kritikpunkt war der marxistische Atheismus und dessen Unvereinbarkeit mit christlich-demokratischen Überzeugungen. In einem Papier zur Auswertung von Informationsberichten aus den Bezirksverbänden vom 15. Juni 1962 kam die Parteileitung zu dem Schluß, „daß es besonders bei stark christlich gebundenen Mitgliedern und bei den Geistlichen noch Vorbehalte über die Zusammenarbeit von Christen und Marxisten und über die Existenz des Christen nach dem Sieg des Sozialismus und im Kommunismus gibt, die zum Teil auf das Einwirken der Kirchenleitungen zurückzuführen sind“.[87] Anders als die Parteileitung, für die Christentum und Marxismus durchaus miteinander vereinbar waren,[88] finden sich in den Informationsberichten Stimmen der Basis wiedergegeben wie diese: „Die Christen haben im Kommunismus keine Existenzberechtigung“; „Ein Christ kann niemals Ja zum Sozialismus sagen“; „Sozialismus ist identisch mit Atheismus“; oder: „Der sozialistische Staat ist nicht unser Staat“; „Wir können den Aufbau des Sozialismus nicht uneingeschränkt unterstützen, weil dieser auf atheistischer Grundlage aufbaut.“[89] Derartige Äußerungen verdeutlichen die nachhaltige Kraft der christlichen Orientierung, mit der die Partei 1945 angetreten war. Die Meißner Thesen bringen Kaisers alten „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ gerade in ein marxistisch-leninistisches Fahrwasser![90] In dieser weltanschaulich-geistigen Hinsicht bewahrte die DDR-CDU ihre Eigenständigkeit, ihre Identität, was für die christlich orientierten Bürger offenkundig bis zum Ende der DDR eine nicht

84 SAPMO-BArch IV B 2/2028/2.
85 Aus einem „Kurzbericht über den Einsatz im KV Halle und Bernburg“ vom 1. November 1965, in: ACDP VII-011–058.
86 Vgl. Kiefer (Anm. 47), S. 95.
87 ACDP VII-011–055.
88 Vgl. z. B. Gerald Götting: Der Christ sagt Ja zum Sozialismus. Berlin (Ost) 1960.
89 ACDP VII-011–055 und VII-011–058. – „Material für die Bezirksdelegiertenkonferenz in Dresden“, Berlin, 21. September 1962.
90 Vgl. dazu auch Richter (Anm. 31), S. 319 f.

unwichtige, wahrscheinlich sogar positive Bedeutung für das Resistenz- und Beharrungsvermögen gegen die SED-Ansprüche hatte.

Daß bei dieser religiös motivierten Aversion zahlreicher Mitglieder gegen die sozialistische Ausrichtung ihrer Partei die Pfarrer und kirchlichen Amtsträger unter den „Unionsfreunden“ eine zentrale Rolle spielten, geht u. a. aus einem Informationsbericht aus dem Jahr 1976 hervor. Dort heißt es: „Bei unseren kirchlichen Amtsträgern zeichnet sich ab, daß sie keine Bereitschaft zeigen, im Rahmen der politischen Gespräche über die Parteitagsdokumente zu diskutieren. Die Parteitagsdokumente sind intensiv studiert worden, gesprochen wird aber nur über Dinge, die in den persönlichen Bereich fallen. Die z. B. den Ort betreffen. Insbesondere spricht man über die wirtschaftliche Seite, den Wohnungsbau, und die kirchlichen Amtsträger erkennen die Fortschritte auf diesem Gebiet an. Wenn es sich aber um Volksbildung und Jugenderziehung handelt, bestehen starke Vorbehalte, und es wird die Auffassung vertreten, daß die christliche Jugend benachteiligt wird. Sie erklären sich nicht einverstanden mit der kommunistischen Erziehung der Jugend, welche die marxistisch-leninistische Weltanschauung zur Grundlage hat.“[91]

Bei der dauerhaften Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirchen in der DDR stand die CDU-Führung in aller Regel auf seiten des Staates.[92] Dabei war der Hauptauftrag der SED an die DDR-CDU, das Verhältnis zu Kirchen und Glaubensgemeinschaften besonders zu pflegen, um so Gläubige als Mitglieder zu gewinnen und zu halten und auf diese Weise an den SED-Staat zu binden.[93] Besondere Erfolge konnte die Partei in ihrem Bestreben, Amtsträger als Mitglieder zu gewinnen, allerdings nicht verbuchen. Von mehr als 4.300 evangelischen Pfarrern waren nur etwa 100 CDU-Mitglieder, und von den kirchlich gebundenen Mitgliedern war bekannt, daß sie innerlich den Kirchen näher standen als der Parteiführung. Viele andere Parteimitglieder hatten das Parteibuch nur deshalb erworben, um einen persönlich absichernden politischen Schutzbrief zu erhalten und die – meist bescheidene – berufliche Karriere nicht zu gefährden. Den Funktionären waren religiöskirchliche Fragen in aller Regel kein Herzensanliegen. Ein direktes Eingehen auf kirchlich-religiöse Essentials läßt sich bei CDU-Mandatsträgern nur 1972 beim Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch erkennen, gegen das sich vor allem die katholische Kirche wendete: Von 22 CDUVolkskammerabgeordneten stimmten immerhin 14

91 Informationsbericht des KV Löbau an den BV Dresden vom 5. Mai 1976 (ACDP Bestand BV Dresden III-040, unverzeichnet).

92 Vgl. etwa Horst Dähn, Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980. Opladen 1982. Auch Robert F. Goeckel: Die Rolle der CDU in der Kirchenpolitik der DDR. In: H. Dähn: Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz. München 1993, S. 92–103.

93 Vgl. dazu Lapp (Anm. 7), S. 96–102.

gegen das Gesetz und damit gegen die SED, die übrigen 8 enthielten sich der Stimme.[94]

4. Das vierte wesentliche Kritikfeld der CDU-Mitglieder gegenüber dem Staat und der eigenen Parteileitung waren die wirtschaftlichen Mißstände in der DDR. So riß Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre der Widerstand der Parteimitglieder gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft und überhaupt gegen die „sozialistische Umgestaltung“ der Wirtschaft nicht ab. Auf dem 9. Parteitag 1958 warnten einige Delegierte vor einem zu starken Druck auf die in Handel und Privatwirtschaft tätigen Mittelschichten.[95] In einem „Kurzbericht über die Meinungsbildung im KV Sangerhausen“ vom 19. November 1965 heißt es aus dem Mund zweier LPG-Bauern und Unionsmitglieder: „Bei uns haben die Kommunisten alles in Grund und Boden gewirtschaftet. So wie wir ausgebeutet werden, wurden wir es unter den Junkern und Großgrundbesitzern nicht.“[96] In Informationsberichten aus den Bezirksverbänden im Jahr 1962 heißt es u. a., die DDR sei nicht in der Lage, die Bedürfnisse ihrer eigenen Menschen zu befriedigen. „Es wird immer deutlicher, daß die DDR bald am Ende ist.“[97] Die Parteiführung selbst arbeitete beim „Knockout für den Mittelstand“ (Monika Kaiser), der 1972 mit der Umwandlung der bisherigen „halbstaatlichen Betriebe“ in voll sozialisierte „Volkseigene Betriebe“ erfolgte, tatkräftig mit.

   Seit 1960 verschlechterte sich infolge einer verschärften Sozialisierungspolitik in Landwirtschaft und Handwerk die Versorgungslage in der DDR zunehmend. Dazu trug auch die steigende Zahl der „Republikflüchtigen“ bei. Der Verlust dieses kritischen Potentials[98] – zu dem auch noch die Ausfälle durch die ’Säuberungen’ zu Beginn der fünfziger Jahre hinzugerechnet werden müssen – dürfte die Anpassung vieler CDU-Mitglieder an die SED-affirmative Politik der eigenen Partei beschleunigt haben. Auch der starke Mitgliederschwund durch resignativ bedingte Austritte wirkte sich in diesem Sinn aus: Hatte die Partei 1948 200.000 Mitglieder, so waren es Ende der fünfziger Jahre nur noch 90.000.[99] Dieses Schwinden des Kritikpotentials und die verfeinerten Überwachungsmethoden sowie die Tatsache, daß haupt- und ehrenamtliche Kader in politisch bedeutsame Funktionen „erst eingestellt bzw. berufen (wurden), wenn das MfS dazu keine Einwände“ hatte[100], bedingten in den siebziger und achtziger Jahren

94 Vgl. Gisela Helwig: Fristenlösung wurde Gesetz. In: Deutschland-Archiv 5/1972, S. 350 f.
95 Vgl. H. Schimanski: Der 9. Parteitag der Sowjetzonen-CDU. In: SBZ-Archiv 10 (1958) Nr. 4, S. 317.
96 ACDP VII-011–058.
97 ACDP VII-011–055.
98 Bis 1961 ca. 2.000 CDU-Mitglieder jährlich (ACDP VII-011–813). – „Republikflucht“ zog sofortigen Prteiausschluß nach sich.
99 Lapp (Anm. 7), S. 17.
100 Analyse zur politisch-operativen Lage in den Bezirksverbände der befreundeten Parteien – Berlin, 27. Nobember 1987. MF, BV Berlin, Abt. XX-1 (ZAN). Zit. nach Stefan Wolle: Der Weg in den Zusammenbruch. Die DDR vom Januar bis Oktober 1989. In: E. Jesse/A. Mitter (Hg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft. Bonn 1992, S. 89.

äußerlich eine größere Gleichförmigkeit der Partei, in der es recht ruhig schien. Dennoch wäre die Annahme völlig verfehlt, die CDU-Mitglieder hätten sich geschlossen mit den Verhältnissen abgefunden, wie die genannten Beispiele verdeutlichen.

Widerstand in totalitären Systemen, in einer Welt des Psychoterrors, dem alle ausgesetzt sind, ist in erster Linie über Einzelfälle konkret faßbar. Wie könnte dies anders sein in einer Atmosphäre von Angst, Mißtrauen, Denunziation, Bespitzelung und Verfolgung? Wem konnte man vertrauen? Zeugnisse verschiedener Art beweisen, daß viele sich nicht passiv der Staatsmacht untergeordnet haben, sondern Mut und Opferbereitschaft aufbrachten zu opponieren, mögen die Motive dazu auch noch so unterschiedlich gewesen sein.

Für das kritische Beharren von Mitgliedern auf Eigenständigkeit der CDU, das die Macht der SED-Führung begrenzte und gleichzeitig ein Beitrag zur passiven Abwehr des totalitären Herrschaftsanspruchs war, sollen wenige Beispiele genügen: Am 27. Mai 1955 führte der Untersuchungsausschuß des Bezirksverbands Schwerin ein sogenanntes Förderungsgespräch mit dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Lübz, bei dem sehr deutlich wurde, daß der „Unionsfreund“ in der Frage der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse noch sehr mit sich rang: „Er ist der Meinung, daß die führende Rolle der SED in der Bevölkerung nicht populär sei, daß diese führende Rolle sich in bezug auf die Kaderpolitik zu sehr zum Nachteil der bürgerlichen Parteien auswirkt. Außerdem neigt er dazu, für die ökonomischen Schwierigkeiten in der Übergangsperiode allzusehr die SED als Partei verantwortlich zu machen.“[101]

Ein bezeichnender Fall ist auch der von Thomas Auerbach, der am 13. Dezember 1976 wegen parteischädigenden Verhaltens aus der CDU ausgeschlossen wurde. Auerbach war der Initiator einer Unterschriftensammlung unter Angehörigen der Jungen Gemeinde Jena-Mitte, die sich gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann richtete. Auerbach wurde wegen Verstoßes gegen § 106 („staatsfeindliche Hetze“) des Strafgesetzbuches der DDR inhaftiert. Im Ausschlußprotokoll wird weiterhin vermerkt, daß Auerbach wiederholt eine falsche Position bezogen habe und sich auch durch Richtigstellung und Erläuterungen durch den Kreisvorstand nicht habe korrigieren lassen.[102]

Den folgenden Fall hat bereits das Deutschland-Archiv[103] dokumentiert. Ein Mitarbeiter der Humboldt-Universität hatte mit seiner Familie Anfang der achtziger Jahre einen Ausreiseantrag gestellt. Er wurde nicht nur aus der CDU ausgeschlossen, sondern auch fristlos entlassen. Seiner Frau, die in der Redaktion der „Neuen Zeit“ tätig war, widerfuhr das gleiche Schicksal.

101 ACDP III-049–024/1.
102 ACDP II-045 031/2.
103 Deutschland-Archiv 1/1994, S. 107.

Die berufliche Existenz beider war damit vernichtet. Die beiden Töchter des Ehepaares beteiligten sich im Mai 1982 an der Mai-Demonstration, wobei sie den staatsgefährdenden Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ trugen. Sie mußten die Demonstration verlassen. Als eine der Töchter das Abzeichen auch in der Schule trug, wurde sie verhaftet und 2 1/2 Stunden von der Volkspolizei verhört, ohne daß die Eltern davon wußten. Auf die Eingabe des Vaters an das Ministerium für Volksbildung hieß es im Bericht der Hauptschulinspektion lapidar: „Von den beiden Eltern ist bekannt, daß sie unsere Republik in infamer Weise verleumden, uns faschistische Methoden unterstellen u.ä.“

Mit welcher Wucht bis hin zur Vernichtung der beruflichen Existenz widerständiges Verhalten den einzelnen treffen konnte, zeigt auch das Beispiel eines diplomierten Medizinpädagogen, der 1982 als Lehrer an einer Medizinischen Fachschule fristlos mit der Begründung entlassen wurde, er sei nicht in der Lage, „unsere Studenten im kommunistischen Sinne zu erziehen“. Nicht nur, daß die Entlassung ihm das Einkommen raubte, auch der Versuch, ein Promotionsverfahren in Gang zu setzen, wurde ihm versagt. So schlug er sich bis zum Ende der DDR als Krankenpfleger mehr schlecht als recht durch.[104]

Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre wuchs vor dem Hintergrund der Reformbewegungen in Polen, Ungarn und der Sowjetunion auch der Druck der Blockparteimitglieder auf ihre Parteileitungen. Mit dem provozierenden Thema „Brauchen wir mehr Demokratie?“ wurde 1986 in der CDU-Ortsgruppe Neuenhagen die Reformdiskussion aufgenommen. Ein entsprechender Brief an den Parteivorsitzenden Götting im Juni 1988 provozierte als Reaktion der Führung die Anordnung, sämtliche Exemplare des Briefes einzusammeln und zu vernichten. Das erhaltene Exemplar[105] weist die Hauptkritikpunkte an CDU-Führung und Staat auf, wie sie sich auch, in weniger gebündelter Form, in den Parteiakten generell nachvollziehen lassen. Gleiches gilt für den sogenannten „Brief aus Weimar“ vom 10. September 1989 – verfaßt von vier CDU-Mitgliedern, die zugleich Kirchenleute waren und sich als Sprachrohr der Parteibasis verstanden.[106] Hier werden der Mangel an Eigenständigkeit der CDU gegenüber der SED – ein Hauptpunkt der Dauerkritik an der Basis – beklagt und innerparteiliche Demokratie angemahnt. Darüber hinaus werden auch konkrete politische Probleme im DDR-System angesprochen, wie z. B. die Reisebeschränkungen, die Flüchtlingswelle, die Behinderungen der Pressefreiheit, die Schönfärberei in den Medien, die Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen, das Verschweigen der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage des Landes. Zugleich enthält der Brief implizit die Aufforderung zum Rücktritt

104 ACDP III-044–020/2.

105 Vgl. Teilabdruck in: Zeitschrift zur politischen Bildung 27/1991, S. 106–109.

106 ACDP VII-010–3529; abgedruckt auch in: K. Belwe/U. Reuter (Bearb.): Dokumentation zur Entwicklung der Blockparteien der DDR von Ende September bis Anfang Dezember 1989. Bonn (Gesamtdeutsches Institut) Dezember 1989, S. 6–74; vgl. dazu ausführlich auch Kiefer (Anm. 47), S. 62 ff. und S. 111–118.

Göttings, der die Partei nahezu 40 Jahre lang beherrscht hatte. Götting ordnete an, die Unterzeichner aus der Partei auszuschließen, wozu es jedoch nicht mehr kam. Wie dieser Brief und sein gleichwertiger Vorläufer aus Neuenhagen[107] belegen, war auch die Basis der Ost-CDU im Vorfeld der friedlichen Revolution der DDR keineswegs untätig.

Zusammenfassung

Das Spektrum des Widerstands in der DDR ist sicher ähnlich breit gefächert wie im Dritten Reich. Nicht alles, was an Unmut oder an Kritik an den Lebensbedingungen geäußert wurde, muß als oppositionelles Verhalten charakterisiert werden. Widerstand, Resistenz, Opposition, Widerspruch und abweichendes Verhalten der CDU und in der CDU waren zwischen 1945 und 1990 jeweils von den herrschenden historisch-politischen Bedingungen abhängig. In den ersten Jahren stand die CDU in Fundamentalopposition zum Regime von SMAD und SED und versuchte, demokratische, soziale und nationale Ziele zu verteidigen. Viele CDU-Mitglieder wurden dafür mit langjähriger Haft bestraft; nicht wenige büßten ihr Leben ein. Auf ihrer weltanschaulichen Grundlage, dem „C“, befand sich die Partei von Anfang in Opposition zum atheistischen Marxismus der Kommunisten. Darüber können auch die Versuche der Parteiführung unter Götting nicht hinwegtäuschen, Christentum und Marxismus zu „versöhnen“. Man wurde Mitglied in der CDU, weil man im Grundsätzlichen nicht mit der SED sympathisierte; andernfalls hätte man sich gleich dorthin wenden können. Man wurde CDU-Mitglied, weil die Partei darüber hinaus auch ein Refugium bot für alle jene, die aus einer pragmatischen und realistischen Grundhaltung heraus die Nachteile einer totalen Verweigerung mit all ihren Konsequenzen für Beruf und Familie nicht lebenslang ertragen oder durch Flucht nicht ihre Heimat aufgeben wollten. Andererseits bedeutete selbst die Mitgliedschaft in der CDU – im Vergleich zur Mitgliedschaft in der SED – Bereitschaft zum Verzicht in Beruf, Karriere, auf Wohlstand und auch auf Reisemöglichkeit. Entscheidend war über all die Jahre der SED-Herrschaft hinweg die weltanschauliche Distanz der CDU-Mitglieder zum atheistischen Marxismus-Leninismus der SED, auch wenn in den einzelnen Politikfeldern von dieser Distanz, zumindest in den Führungsriegen der Partei, wenig zu verspüren war.

Wegen der Kontrollmechanismen der SED war ein eigenständiger Kurs allerdings unmöglich. Es gab keine Möglichkeit, gegen das Regime ernsthaft und auf breiter Basis zu opponieren. Widerstand und Opposition blieben

107 Manfred Agethen: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der ’Wende’. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“. Ungedrucktes Manuskript 1993.

immer der Entscheidung des einzelnen oder von Gruppen von Gleichgesinnten vorbehalten; die Alternative eines Entweder-Oder war in dieser Schärfe kaum einlösbar. Widerstand entsteht ja meist nicht aus großen Entwürfen, er beginnt mit Unangepaßtheit, Nonkonformität, mit dem Beharren auf eigenen Sphären und Lebensformen, die nicht gleichgeschaltet sind. So versuchte man auf den unteren Ebenen, in kleinen Kreisen, wenigstens die eigene Identität – in bewußter Absetzung zur SED – in weltanschaulicher Hinsicht zu wahren; man begnügte sich angesichts der bekannten Willkür und Repressionsmaßnahmen mit Loyalitätsentzug und in kritischem Beharren mit einer Opposition im Wartestand. Dennoch gilt, daß Unzufriedenheit und Kritik nicht nur in weltanschaulichen Fragen und an der übermächtigen Dominanz der SED und des Staatsapparates, sondern auch an der Wirtschaftspolitik, an den Wohnverhältnissen, an der außenpolitischen Orientierung usw. geäußert wurden. Dieses Potential an Resistenz und oppositionellem Verhalten, das in den untersten Gliederungen der CDU deutlich nachweisbar ist, verflüchtigt sich in der Parteihierarchie nach oben fast völlig. Ähnliches mag zwar auch in anderen Gruppierungen feststellbar sein; sicher aber ist, daß es dort eine vergleichbare Distanz und Opposition im Grundsätzlichen wie bei der CDU nicht gegeben hat.

Der Unmut innerhalb der CDU-Basis gegenüber der Führung, also ein CDU-immanenter Widerstand, war seit der Absetzung von Kaiser 1947/48 immer vorhanden; er ist – wie die nach der ‘Wende‘ neu zugänglichen, aber vorerst nur unvollständig ausgewerteten Archivalien erkennen lassen – viel breiter gewesen als bisher angenommen. Letztlich war dieser Widerstand direkt gegen die SED und ihren Machtapparat gerichtet, denn sie war es ja, die in den Anfangsjahren die mißliebigen CDU-Strukturen erzwungen hatte. Diese innere Opposition war stets begleitet von einer generellen Systemkritik an dem umfassenden Herrschaftsanspruch der SED und ihrer ideologischen Ausrichtung. Wie gefährlich das offene Ansprechen dieses Oppositionspotentials innerhalb der Partei selbst für die Funktionäre war, läßt sich an einer Reihe von Beispielen verdeutlichen. Dabei wird jedoch auch ein quellenkritisches Problem offenkundig: Aufgrund negativer Erfahrungen mit offener Meinungsäußerung taten die Parteifunktionäre gut daran, ihre Meinung in ihren Berichten zurückzuhalten und die tatsächliche Stimmung, die unter den Mitgliedern herrschte, zu verschleiern. Insofern sind noch intensive Aktenstudien auch im MfS erforderlich, um über die schöngefärbten formelhaften Informations und Stimmungsberichte hinaus das wahre Potential von Widerspruch ausloten zu können. Ungeachtet der Erkenntnisse, die hier erarbeitet worden sind und die gewiß weitere Bestätigung finden werden, war das offizielle Gesicht der DDR-CDU geprägt von der Götting-Riege und ihren Funktionären. Widerstand auf dieser Ebene ist nicht zu verorten; das Gegenteil

war der Fall.[108] Es ist ihnen allerdings über die gesamte DDR-Zeit hinweg nicht gelungen, die Mitgliederschaft geschlossen auf eine SED-treue Linie einzuschwören, auch nicht durch intensive Schulungsmaßnahmen.

Es verwundert daher nicht, daß die CDU-Mitglieder in Orts und Kreisverbänden im Herbst 1989 in vorher kaum für möglich gehaltener Zahl gegen ihre Führung aktiv wurden. In zahlreichen Eingaben an den Hauptvorstand[109] werden unverblümt und nachdrücklich größere Eigenständigkeit der Partei, Reformbereitschaft und offene Diskussion gefordert. In der Vergangenheit seien offensichtlich „Gespräche mit dem Bündnispartner vertrauensvoller geführt worden als unter den Mitgliedern". Dies räche sich jetzt.[110] Jetzt brach auf, was all die Jahre latent vorhanden war, von der Parteiführung aber weitestgehend unter der Decke gehalten werden konnte. Wie sonst wäre es möglich gewesen, bei den Wahlen von 1990 Tausende von unbelasteten CDU-Mitgliedern für die Gemeinderäte, Kreistage und Landesparlamente aufzustellen und demokratische Funktionen übernehmen zu lassen? Zu recht hat Karl Wilhelm Fricke schon 1984 festgestellt: „Das politische Gewicht solcher Keimzellen mag für den Augenblick gering eingeschätzt werden – in Krisenzeiten des Regimes ist mit ihnen zu rechnen."[111]

Abkürzungen

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
BV	Bezirksverband
CSSR	Ceskoslovenska Socialistica Republika (Tschechoslowakei)
FDJ	Freie Deutsche Jugend
KV	Kreisverband
KZG	Kirchliche Zeitgeschichte
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
NL	Nachlaß
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland (Zentrale Ebene Berlin)
SU	Sowjetunion
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
ZK	Zentralkomitee (der SED)

108 Vgl. dazu Christian Booß: War die CDU die Abteilung Kirche der SED? In: „Neue Zeit" vom 6. Februar 1994.

109 Komprimierte Zusammenfassung der „Vorschläge aus Briefen von Unionsfreunden der CDU" vom 25. Oktober 1989, in: ACDP VII-012–3529.

110 ACDP VII-013–3422.

111 Fricke (Anm. 15), S. 70.